

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

82. Sitzung
19. September 2025

Beginn: 10.04 Uhr
Schluss: 16.45 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen des Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass als Tischvorlage eine Vertagungsliste der Fraktionen der CDU und der SPD vorliege.

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, die rote Nr. 2413 unter TOP 1 – Kapitel 1120 – „Mitberaten wird:“ – b) zur Sitzung am 24. September 2025 zu vertagen.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2026/2027 (1. Lesung)

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [2400](#)
Drucksache 19/2627 Haupt(f)
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

Mitberaten werden:

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [2401](#)
Drucksache 19/2626 Haupt
Finanzplanung von Berlin 2025 bis 2029
(überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- a1) Bericht SenStadt – IV A 16 – vom 31.07.2025 [2131 G](#)
Investitionsprogramm 2024 bis 2028
Eigenkapitalzuführung an landeseigene
Wohnungsbaugesellschaften für die Förderung des
Wohnungsbaus
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025) Haupt
- a2) Bericht SenWiEnBe – IV D 11 – vom 18.08.2025 [2131 H](#)
Feste Obergrenze bei GRW-Maßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 04.06.2025) Haupt
- a3) Bericht SenFin – II A – vom 04.09.2025 [1941 C](#)
Disponibilitätsindex (Finanzplanung 2024-28)
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) Haupt
- b) Bericht SenFin – Fin II B 13 WT – vom 25.08.2025 [2400 A](#)
IKT-Titelliste 2026/2027 Haupt
- c) Bericht SenFin – II B 13 WT – vom 27.08.2025 [2400 B](#)
FM-Titelliste 2026/2027 Haupt

- d) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 12 – vom 12.06.2025
Kreditermächtigungen gemäß § 3 Abs. 3 BerlSchuldenbremseG für die Jahre 2025 und 2026 für die als Extrahaushalte eingestuftes Landesunternehmen hier: Nachfragen zur Kredithöhe zum 31.12.2024 sowie zur BEN
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) [2222 B](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- e) Bericht SenFin – Fin II B Ne – vom 21.08.2025
Bericht zu doppelt veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen für den Doppelhaushalt 2026/2027
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025) [2379](#)
Haupt
- f) Bericht RBm – Skzl – I A – vom 16.06.2025
Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 2024/2025 hier: Diskussionstand zur Schuldenbremse
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 04.12.2024) [2026 DF](#)
Haupt
- g1) Bericht SenFin – II A – vom 15.06.2025
Möglichkeiten der Schuldenaufnahme für den Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) [1872 C](#)
Haupt
- g2) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 1 – vom 28.07.2025
Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 04.12.2024 und 65. Sitzung vom 04.09.2024) [1872 D](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- h) Bericht SenFin – Fin II LIP 6 / II BfdH (V) – vom 20.08.2025
Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) Controlling 2025 (Statusbericht)
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 05.03.2025) [2377](#)
Haupt
- i) Bericht SenFin – II F 24 – vom 03.09.2025
Neue Praxis zur Veranschlagung von Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025) [1905 H](#)
Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt verweist auf die in der 77. Sitzung des Hauptausschusses am 4. Juni 2025 beschlossenen Verfahrensfestlegungen: Demnach würden die Einzelpläne teilweise aufgerufen, Zurückstellungen von Titeln seien zu beantragen. Es erfolge keine Abstimmung darüber, Kapitel und Titel zu denen Berichte angefordert seien, gälten als zurück-

gestellt. Schriftliche Berichtswünsche für die zweite Lesung der Einzelpläne mögen im Rahmen der Aussprache mitgeteilt werden. Sie könnten im Nachgang zur Sitzung bis 22. September, 12 Uhr, auch schriftlich eingereicht werden.

Einzelplan 09 – Wissenschaft, Gesundheit und Pflege –

Kapitelübergreifend

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, dass an dieser Stelle die übergreifenden Berichte ausgelöst werden könnten.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) kündigt an, ihre Fraktion werde einzelplanübergreifend einen schriftlichen Berichtswunsch einreichen, der sich zum einen auf die Darstellung des Finanzbedarfs in den kommenden Jahren hinsichtlich Investitionen in Gebäude beziehe, einschließlich einer Prioritätensetzung bei den Investitionsbedarfen. Zum anderen bitte sie um eine Einschätzung des Senats, inwiefern das Bundessondervermögen in den kommenden Jahren eine Rolle bei der Finanzierung übernehmen könne und wie der Bereich der Wissenschaft dort berücksichtigt werden solle.

Des Weiteren beantrage ihre Fraktion einen Bericht, in dem die Investitionsplanung der neuen Hochschulbaugesellschaft in den kommenden Jahren dargestellt werden solle. Ferner bitte sie um Informationen zu dem Baubeginn einzelner Maßnahmen, sofern ein solcher bereits festgelegt sei.

Zudem wünsche ihre Fraktion eine Auflistung der Vorsorge im Einzelplan 09 für die Tarifsteigerungen bei den Zuschussempfängern in den kommenden beiden Jahren. Der Bericht solle auch Aufschluss darüber geben, ob der Einzelplan 09 oder ggf. auch der Einzelplan 29 eine Vorsorge dahin gehend beinhalte, dass die Tarifsteigerungen die pauschalen Steigerungen übersteigen würden.

Schließlich werde ihre Fraktion einen schriftlichen Berichtswunsch in Bezug auf die Ankündigung des Senats zur Einführung eines auf Landesebene angesiedelten Antisemitismusbeauftragten für die Berliner Hochschulen einreichen, welcher erläutern solle, wie der Stand der Konzeptionierung, des Besetzungsverfahrens oder ggf. sogar schon der Besetzung dieser Beauftragung sei. Ferner solle titelscharf dargestellt werden, aus welchen Mitteln die Beauftragung finanziert werde, sowohl personell als auch konsumtiv. Welche personelle Ausstattung und welche weiteren Mittel neben dem Teilansatz 4 – Dienstleistungen ASP Antisemitismus – in Titel 54010 – Dienstleistungen – würden für diese Beauftragung zur Verfügung gestellt?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, auch ihre Fraktion werde zu den gerade dargestellten Aspekten schriftliche Berichtswünsche einreichen.

Zusätzlich werde sie eine übergreifende Frage in Bezug auf Neuerungen im Bereich der Zuwendungsbearbeitung schriftlich einreichen, und ein weiterer schriftlicher Berichtswunsch

beziehe sich auf die Frage der Fortschreibung der Mittel des Sicherheitsgipfels von 2023. Es solle dargestellt werden, ob und wenn ja, wo diese Mittel im Haushalt abgebildet seien.

Zu dem Thema der sogenannten Bodensatz-PMA, das in dem entsprechenden Fachausschuss bereits mehrfach debattiert worden sei, wolle sie wissen, wie diese sich haushälterisch abbilde. Ihre Fraktion werde dazu schriftlich einen Berichtswunsch einreichen, sie bitte jedoch außerdem um eine mündliche Stellungnahme der Senatsverwaltung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, zu den gestellten Fragen solle schriftlich berichtet werden.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) führt zu der Frage nach der sogenannten Bodensatz-PMA aus, grundsätzlich sei vereinbart worden, dass eine einprozentige pauschale Minderausgabe – PMA – in jedem Einzelplan verträglich sei. Nachdem zunächst keine PMA im Einzelplan 09 vorgesehen gewesen sei, sei nun erwogen worden, dass – unter Vorbehalt einer Umsetzung durch das Parlament – die Mehrbedarfe im Zuwendungsbereich und im Integrierten Gesundheitsprogramm – IGP – durch eine PMA realisiert werden könnten.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, wo diese PMA veranschlagt sei.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) erklärt, diese sei nicht im Haushalt veranschlagt, sondern es handele sich um einen Vorschlag, der sich vor der Beschlussfassung technisch nicht mehr habe umsetzen lassen und daher dem Senatsbeschluss als Protokollerklärung hinzugefügt worden sei.

Steffen Zillich (LINKE) bittet unter Bezugnahme auf die erwähnte technische Umsetzung um die Bestätigung, dass das vorliegende Exemplar des Haushaltsentwurfs dem Senatsbeschluss entspreche.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) bestätigt, dem sei so, es lägen jedoch zu dem Senatsbeschluss Protokollerklärungen vor. Auch die Senatsverwaltung für Finanzen halte ihrem Verständnis nach eine solche Bodensatz-PMA zur Erreichung der Rücknahme von Kürzungen im Zuwendungsbereich für haushaltstechnisch und politisch vertretbar, sodass nun im parlamentarischen Verfahren die dafür Zuständigen um eine entsprechende Umsetzung gebeten werden sollten.

Steffen Zillich (LINKE) bemerkt, in diesem Fall beantrage seine Fraktion die Vorlage der Protokollerklärungen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fügt an, dem schließe sich seine Fraktion an.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, dass auch ihre Fraktion sich diesem Antrag anschließe. Sie bitte darüber hinaus die Senatsverwaltung für Finanzen um Information, in welchen anderen Senatsverwaltungen es eine solche Bodensatz-PMA gebe und ob es sich hierbei um einen neu eingeführten Fachbegriff handele.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erläutert, in mehreren Einzelplänen sei dezentral eine PMA veranschlagt, u. a. auch in dem Einzelplan ihres Hauses. In manchen Ein-

zelplänen sei dagegen in den Budgets zunächst keine Notwendigkeit einer solchen Bodensatz-PMA gesehen worden.

Was Senatorin Dr. Czyborra angesprochen habe, sei der Wunsch, dass in dem parlamentarischen Verfahren noch Erhöhungen vorgenommen werden könnten und als Gegenfinanzierung die dezentrale PMA, die im Einzelplan 09 noch nicht vorgesehen sei, herangezogen werden könnte. – Der Begriff der Bodensatz-PMA sei im Übrigen nicht neu. Es handele sich dabei um die einprozentige PMA, wie von der Senatorin beschrieben.

Torsten Schneider (SPD) weist hin, pauschale Veranschlagungen jenseits von 1 Prozent würden im Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft ohnehin zurückgewiesen. Aufgrund gesicherter Erwartungswerte werde davon ausgegangen, dass eine pauschale Minderausgabe von 1 Prozent verbleibe.

Was Protokollnotizen oder sonstige Wünsche angehe, so habe nach Auffassung der Koalition kein Fachausschuss das Recht, pauschale Minderausgaben in seinen Einzelplan einzutragen. Allein der Hauptausschuss entscheide über die Zulässigkeit von pauschalen Minderausgaben.

Sebastian Walter (GRÜNE) fragt, ob es noch Protokollnotizen weiterer Senatsverwaltungen gebe, die haushaltsrelevant werden könnten.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) unterstreicht, wenn die Sachlage bestehe, dass Senatsverwaltungen eine PMA mittels Protokollnotizen angekündigt hätten, so gehöre es zur Haushaltswahrheit und -klarheit, dass diesem Ausschuss sämtliche Protokollnotizen vollumfänglich vorgelegt werden müssten.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) betont noch einmal, dass der vorliegende Haushaltsentwurf dem Senatsbeschluss entspreche. Protokollnotizen seien ein Teil interner Willensbildung des Senats, welche aber den Beschluss des Haushaltsentwurfs nicht veränderten, sondern in deren Rahmen der Senat sich verständige, ggf. im parlamentarischen Verfahren auf die Abgeordneten zuzugehen.

Steffen Zillich (LINKE) konstatiert, da das Thema vom Senat selbst in die parlamentarische Beratung eingeführt worden sei, bitte er nach wie vor um die Vorlage der Protokollnotizen. – Zudem wolle er wissen, ob der Senat plane, in Form einer Nachschiebeliste auf die Abgeordneten zuzukommen.

Silke Gebel (GRÜNE) teilt mit, dass die in Rede stehende Protokollnotiz in dem zuständigen Fachausschuss zu Protokoll gegeben worden sei und dem Parlament demzufolge auf Fachebene vorliege. Sie bitte dennoch den Senat, die Protokollnotiz zu Einzelplan 09, aber auch weitere Protokollnotizen zu anderen Einzelplänen bezüglich einer nicht im Haushalt abgebildeten PMA dem Hauptausschuss zuzuleiten.

Aufgrund der Aussage, dass die betreffende Bodensatz-PMA zur Stärkung des IGP verwendet werden solle, interessiere ihre Fraktion, wie hoch damit der zur Verfügung stehende Betrag für das IGP sei, da sich dort offenkundig noch Änderungen ergeben würden. Die Protokollnotiz könne somit durchaus Auswirkungen auf den Haushalt haben.

Staatssekretärin Tanja Mildenerger (SenFin) hebt hervor, wie sie bereits ausgeführt habe, liege der Haushaltsentwurf vor, und durch die Protokollnotizen ändere sich an den Zahlen nichts. Wie sie dargelegt habe, handele es sich um einen internen Wunsch, und wie mit diesem umgegangen werde, sei Gegenstand der parlamentarischen Beratungen.

Im IGP seien die vorhandenen Ansätze abgebildet. Bei allem anderen handele es sich um eine Verstärkung, die ggf. so gegenfinanziert werden könne. Auch diese sei jedoch Teil der parlamentarischen Beratungen hier in diesem Ausschuss.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der AfD-Fraktion, den Senat aufzufordern, dem Hauptausschuss die Protokollnotizen des Senats zum Beschluss des Haushaltsgesetzes 2026/2027 vorzulegen, ab.

Silke Gebel (GRÜNE) stellt den Antrag, der Hauptausschuss möge das Protokoll des Ausschusses für Gesundheit und Pflege anfordern, in dem die betreffende Protokollnotiz enthalten sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, das Protokoll des Ausschusses für Gesundheit und Pflege mit der durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege eingebrachten Protokollnotiz des Senats zum Beschluss des Haushaltsgesetzes 2026/2027 anzufordern und dem Hauptausschuss zur Verfügung zu stellen.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) geht auf die Frage der Abgeordneten Dr. Schmidt bezüglich der Landesansprechperson zur Bekämpfung von Antisemitismus ein und erinnert zunächst daran, dass die Beauftragten der Hochschulen aus den Globalhaushalten bezahlt würden. Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege werde die Stelle einrichten, die circa 30 000 Euro an Sachmitteln zzgl. der Personalkosten umfassen werde. – Die Ausschreibung werde derzeit vorbereitet.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Frage damit beantwortet und kein schriftlicher Bericht mehr notwendig sei.

Kapitel 0900 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten wird:

Bericht SenWGP – AL II 21 – vom 26.08.2025
Zielvereinbarungen
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025)

[2195 K](#)
Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt dar, hinsichtlich der Kostensteigerungen bei den Pflegekosten sei vorgesehen, dass mit den Bezirken die Personalausstattung im Zusammenhang mit der Transferkostensteuerung optimiert werden solle. Dieser Prozess solle zum Ende des Jahres 2025 finalisiert sein und auch im Rahmen der Zielvereinbarung verhandelt werden, weshalb sie wissen wolle, ob es eine Vorsorge aufseiten der Hauptverwaltung gebe, oder ob die Festlegung ausschließlich zulasten der Globalsummenzuweisung der Bezirke erfolge.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um eine mündliche Stellungnahme, ob die Senatsverwaltung beabsichtige, sich noch einmal mit der qualitativen Steuerung der Hilfe zur Pflege zu befassen, also der Frage, unter welchen Leistungen dieser Anspruch bestehe, oder ob die Kostensenkung nur über Prozessoptimierung und Entbürokratisierung erreicht werden solle. – Ihre Fraktion werde überdies noch schriftlich Fragen nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies sei so erfasst.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) weist hin, in dem Einzelplan der Hauptverwaltung seien keine Mittel für bezirkliches Personal vorgesehen. Ihr Haus sei im Rahmen der Verwaltungsreform des Landesorganisationsgesetzes in der Frage der ebenenübergreifenden Politikfeldsteuerung in die entsprechenden Arbeitsprozesse eingebunden. Mit verschiedenen Instrumenten, wie etwa dem kürzlich vorgestellten Landespflegeplan, dem Altenhilfestrukturgesetz oder auch dem Landespflegegesetz, solle perspektivisch die Grundlage dafür geschaffen werden, dass die Kostenanstiege in den Hilfen zur Pflege beherrschbar blieben.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) fügt an, die Senatsverwaltung sei in die Arbeitsgruppe zur effizienten Sozialausgabensteuerung eingebunden, in der ressortübergreifend eruiert werden solle, wie eine höhere Transparenz und Effizienz in den Prozessen erreicht werden könne und an welchen Stellen eine stärkere Steuerung notwendig sei. Das Themenfeld der Hilfe zur Pflege stehe aufgrund des demografischen Wandels, aber auch der bekannten Fachkräftethematik sowie der Kostensteigerungen im Allgemeinen vor einer besonderen Herausforderung.

Gleichzeitig werde mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung in einem gemeinsamen Reformprojekt, für das bereits eine Mittelfreigabe durch den Hauptausschuss erfolgt sei, erarbeitet, wie die entsprechenden Fragestellungen in den Sozialämtern angesprochen werden können – von einheitlichen Bearbeitungen über Wissenstransfer bis hin zu Prozesserleichterungen. Von zentraler Bedeutung sei in diesem Zusammenhang die Digitalisierung der Sozialämter, sodass Ansprüche schnell und effizient bearbeitet werden könnten.

Der Austausch mit allen Beteiligten, unter anderem den Sozialämtern und deren Leitungen, werde stetig fortgesetzt, um eine effektive Sozialausgabensteuerung zu realisieren. Überdies sei bereits angekündigt, dass in diesem Herbst verschiedene Entscheidungen auf der bundesgesetzlichen Ebene folgen sollten, die sowohl Auswirkungen auf das Land als auch auf die Bezirke haben würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei der Bericht rote Nr. 2195 K zur Kenntnis genommen.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Silke Gebel (GRÜNE) stellt die Frage, warum der Ansatz in diesem Titel zurückgehe, wenn gleichzeitig die Ist-Ausgaben höher seien.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, in den letzten Jahren seien Investitionen in den Bestand sowie energetische Sanierungen vorgenommen worden. Hinzu kämen im Zuge von New Work beispielsweise Konzepte wie Homeoffice und Desksharing, was etwa zu der Zusammenlegung von Räumlichkeiten führe. Insgesamt brächten diese Aspekte eine Senkung der Betriebskosten mit sich.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, Titel 51715 und Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) – mögen zur zweiten Lesung zurückgestellt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei so vermerkt.

**Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen
der Öffentlichkeitsarbeit –
Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement
(ohne Aus- und Fortbildung) –**

Frank-Christian Hansel (AfD) bringt vor, in Titel 53101 gebe es einen starken Aufwuchs von 8 000 Euro auf 32 000 Euro. Er wolle wissen, welche Maßnahmen dort konkret umgesetzt würden.

In Bezug auf Titel 54002 bitte er zu dem Ansatz von 40 000 Euro für eine Mitarbeiterbefragung um Information, welcher Erkenntnisgewinn mit dieser Mitarbeiterbefragung zu erzielen beabsichtigt werde.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erläutert, was die Frage des Abgeordneten Hansel zu Titel 54002 betreffe, so sei die Senatsverwaltung gemäß dem Gesundheitsdienst-Gesetz dazu verpflichtet, nach der entsprechenden Rahmendienstvereinbarung regelmäßig Mitarbeitendenbefragungen durchzuführen. Die letzte Befragung habe vor zehn Jahren stattgefunden, sodass dieser Verpflichtung nun Rechnung getragen werde. Dabei würden bestimmte Abfragen geleistet, unter anderem zu der Arbeitsplatzsituation, der psychischen Gesundheit, aber auch zu möglichen Gefährdungslagen. – Da die Mitarbeitendenbefragung nur im Jahr 2026 durchgeführt werde, sei sie auch nur in diesem Jahr etatisiert.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) ergänzt in Bezug auf die Frage des Abgeordneten Hansel zu Titel 53101, dass hinsichtlich der Gesundheitssystemkompetenz, also der Frage, welche Angebote das deutsche Gesundheitswesen umfasse und wie Patientinnen und Patienten sich dort zurechtfinden könnten, in der Bevölkerung ein kontinuierlicher Bedarf an Aufklärung bestehe. Um diese Aufklärung, unter anderem mithilfe einer Patienten- und einer Pflegebeauftragten, zu leisten und dadurch auch zu einer Entlastung beizutragen, sei dieser Titel eingerichtet worden.

Titel 53105 – Beteiligung an Messen und Ausstellungen –

Silke Gebel (GRÜNE) stellt zu diesem Titel die Frage, ob einzelne Senatsverwaltungen auf Arbeitgebermessen aufträten und wenn ja, inwieweit dies in die Gesamtstrategie der Personalgewinnung des Landes eingebunden sei, die ihrem Verständnis nach in der Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Finanzen liege.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erläutert, dass die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege durchaus Teil der Mitarbeitendenstrategie des Landes Berlin sei, sie es jedoch gleichwohl als wichtig erachte, für bestimmte Anliegen besonders zu werben, um dort die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und im Zuge eines modernen Onboarding-Managements in ihren Arbeitsbereich einzuführen.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) beantragt, dass Titel 68406 zur zweiten Lesung zurückgestellt werden möge. – Sie bitte jedoch zusätzlich mündlich um Aufschluss, wo die Tarifmittel, die ursprünglich in diesem, jetzt leeren, Titel enthalten gewesen seien, sich nun wiederfänden.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, die Zurückstellung des Titels sei so vermerkt.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet auf die Frage der Abgeordneten Dr. Schmidt, der Hauptausschuss habe 2025 im Zuge des Dritten Nachtragshaushalts beschlossen, dass diese Mittel in das Kopfkapitel eingestellt werden sollten.

Dabei handele es sich um den aufgeführten Ansatz von 3,981 Mio. Euro im Jahr 2025. In den Jahren 2026 und 2027 sei hier keine Angabe vorhanden, da der Ansatz direkt in die Titel überführt worden sei. Dadurch könne die entsprechende Ausgabe, nämlich die Zuwendungssumme zzgl. der Tarifmittel, bei dem Zuwendungsdienstleister, dem LAGeSo, in Anrechnung kommen. Die Berechnung sei analog zu den Landesbeschäftigten erfolgt; dies entspreche dem Ansatz aus dem Jahr 2025 zzgl. 3 Prozent.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, weshalb dieser Titel derart deutliche Mehrausgaben enthalte.

Frank-Christian Hansel (AfD) bekundet, er wolle sich der Frage anschließen und darüber hinaus wissen, welche pandemiebedingten Mehrbedarfe es weiterhin gebe.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) schildert, der Aufwuchs sei zum einen auf die vertiefte Verwendungsnachweisprüfung aufgrund pandemiebedingt angefallener Mehrbedarfe zurückzuführen. Während der Coronapandemie habe die eigene Zuwendungsüberprüfung unterbrochen werden müssen, und um den Verpflichtungen im Zuge der Vergabe von Zuwendungen nachzukommen, sei die Zuwendungsprüfung externalisiert worden.

Zum anderen gehe der erhöhte Ansatz auf die notwendige Neuausschreibung von Dienstleistungen wie etwa der Darstellung eines Pressespiegels zurück, welche mittlerweile zu anderen Kosten als noch vor einigen Jahren aufgerufen würden.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um eine mündliche Erläuterung der Strategie der Senatsverwaltung zur internen Befähigung hinsichtlich digitaler Anwendungen. Im Hinblick auf die exter-

ne Vergabe von Mitteln stelle sich doch die Frage, ob nicht langfristig ein Aufbau an eigener Expertise sinnvoll sei. – Ihre Fraktion werde zudem schriftlich übergreifende Fragen zur Geschäftsprozessoptimierung beim Ausschussbüro einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies sei so vermerkt.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) pflichtet bei, es sei stets sinnvoll, für Daueraufgaben langfristig Personal einzustellen und zu qualifizieren. Es gebe jedoch auch Aufgaben, die nur für einen bestimmten Zeitraum anfielen oder für die eine sehr spezielle Qualifikation nötig sei. In diesem Fall sei es zweckdienlich, diese Aufgaben extern zu vergeben, wie beispielsweise bei den soeben von Staatssekretärin Haußdörfer angesprochenen Aufgaben im Bereich der Zuwendungsprüfung. Auch in Hinsicht auf Digitalisierungsprozesse sei temporär externe Beratung erforderlich, um anschließend Daueraufgaben entsprechend personell abzusichern.

Dr. Katrin Stoye (SenWGP) fügt den Aufwuchs in diesem Titel betreffend hinzu, dass durch den Dritten Nachtragshaushalt im vergangenen Jahr die Mittel von 1,029 Mio. Euro auf letztlich 429 000 Euro gekürzt worden seien. Mit der Erhöhung solle es auch ermöglicht werden, Vorhaben nachzuholen. Der Aufwuchs ergebe sich zudem aus den zahlreichen Digitalisierungsvorhaben, die aus den Ansätzen ersichtlich seien. – Die Senatsverwaltung sei bestrebt, nachhaltige Strukturen aufzubauen, und habe dazu im Mai 2025 eine Leitstelle Digitalisierung eingeführt, die sich derzeit im Aufbau befinde und in der die Prozesse zur Digitalisierung gebündelt werden sollten.

**Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –
Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, dass Titel 51135 und Titel 51185 zur zweiten Lesung zurückgestellt werden mögen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies sei so vermerkt.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt zu Titel 51135 die Frage, welche Ergebnisse sich der Senat durch die Nutzung KI-basierter Lösungen verspreche. Sollten diese auch deshalb eingesetzt werden, um einen künftigen Stellenabbau zu kompensieren, der etwa dadurch entstehen werde, dass die Generation der sogenannten Boomer in den Ruhestand trete?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) stimmt zu, ein Aspekt für den Einsatz KI-basierter Lösungen sei, dass es immer schwieriger werde, Personal zu finden. Darüber hinaus erfordere die Arbeit in den Senatsverwaltungen und auch die Kommunikation mit dem Parlament einen Umgang mit Texten und Informationen in erheblichem Umfang. Diese Prozesse sollten mit Unterstützung von KI effizienter aufgestellt werden.

**Kapitel 0909 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege –
Personalüberhang –**

Keine Zurückstellung.

Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Hochschulen –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenWGP – VGSt – vom 27.08.2025 [1796 F](#)
Folgebericht zu den Auswirkungen der Auflösung Haupt
der PMiA 2025 auf die Hochschulen
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet die Senatsverwaltung zur zweiten Lesung des Einzelplans 09 um einen hochschulscharfen Folgebericht zu den Auswirkungen der Auflösung der PMA 2025 auf die Hochschulen. Dieser solle die Fragen beantworten, welche Bedeutung dies für die Stellenausstattung habe und inwieweit die Hochschulen auf ihre Rücklagen zurückgreifen würden, um die achtprozentige Sperre zu untersetzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Antrag auf einen Folgebericht sei erfasst. – Der Bericht rote Nr. 1796 F sei damit zur Kenntnis genommen.

- b) Bericht SenWGP – V B – vom 10.09.2025 [2026 DK](#)
Rücklagen und Ausgabereste der Berliner Universi- Haupt
täten
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 11.12.2024)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2026 DK ohne Aussprache zur Kenntnis.

- c) Bericht SenWGP – VD (V) – vom 04.08.2025 [2026 DH](#)
Kapitalzuführung bei sonstigen Haupt
Hochschulinvestitionen und Stand der
Refinanzierungszusage für Darlehen, die die
Krankenhäuser aufnehmen
(Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung vom 02.04.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2026 DH ohne Aussprache zur Kenntnis.

- d) Bericht SenWGP – V D – vom 20.08.2025 [2218 A](#)
Weitere zeitliche Perspektive für das Pilotprojekt in Haupt
der Invalidenstraße 110 hinsichtlich der
Implementierung des neuen Finanzierungsmodells
(Berliner Hochschulbaugesellschaft)
(Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung vom 02.04.2025)

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde einen schriftlichen Berichtswunsch zu dem Komplex Invalidenstraße einreichen. Zusätzlich bitte sie die Senatsverwaltung mündlich um Information, wie sich der weitere zeitliche Ablauf des Projekts gestalte und wann die Baumaßnahmen fortgesetzt würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Antrag auf einen Bericht sei erfasst.

Steffen Zillich (LINKE) erinnert daran, die vorhergehende Investitionsplanung habe – im Gegensatz zu der aktuellen – bei den Hochschulinvestitionen den Verweis darauf beinhaltet, dass eine Hochschulbaugesellschaft errichtet werden solle. In dem aktuellen Haushalt gebe es neben einem Bürgschaftsrahmen im Haushaltsgesetz lediglich eine Art Zuweisungstitel von Planungsmitteln.

Daraus ergebe sich allgemein im Hinblick auf die Hochschulbaugesellschaft die Frage nach dem Konzeptionsstand des im Haushaltsgesetz angelegten Instrumentariums der Bürgschaft: Mit welchem Eigenkapital, welchem Personal und welcher Refinanzierungsperspektive solle eine solche Hochschulbaugesellschaft errichtet werden? Dem Haushaltsplanentwurf zufolge werde hier nicht auf das Sondervermögen zurückgegriffen, sodass es andere Instrumente brauche.

Insbesondere im Hinblick auf das eingeführte Budgetprinzip stelle sich die Frage, wie eine solche Hochschulbaugesellschaft Einnahmen generieren könne. Diese Frage sei vornehmlich vor dem Hintergrund der Budgetentwicklung im Hochschulbereich insgesamt von entscheidender Bedeutung, um zu einer Einschätzung zu gelangen, in welchem Rahmen sich der Gesamtbereich weiterentwickeln könne und welche Nachhaltigkeit die getroffenen Vereinbarungen hätten.

Ferner wolle er wissen, welche Konzepte es für den Bau, die Sanierung und auch die Bewirtschaftung der Gebäude gebe, und wie überdies die Umsetzungsperspektive aussehe. Es sei wichtig, Klarheit darüber zu haben, wann mit einer Fortsetzung bzw. dem Beginn von Maßnahmen zu rechnen sei.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) weist zunächst darauf hin, dass sich circa 12 Prozent des Berliner Immobilienvermögens in dem Fachvermögen der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege befänden. Der Bestand umfasse 350 Gebäude, darunter gebe es Neubauten, sanierte Immobilien, aber auch Gebäude mit Sanierungsbedarf.

Die für Wissenschaft zuständige Verwaltung verbinde mit der Errichtung einer Hochschulbaugesellschaft insbesondere das Ziel einer stärkeren Integration und Effizienz. Campus sollten strategischer ausgerichtet und Räume effizienter genutzt werden. So sollten etwa Flächeninsuffizienzen abgebaut und Ressourcen gemeinsam verwendet werden, was sich gerade im Bereich der Wissenschaft beispielsweise im Hinblick auf Labore als sinnvoll darstelle.

Derzeit würden gemeinsam mit den Hochschulen und unter Einbeziehung externer Beratung entsprechende Konzepte erarbeitet. Dabei stünden neben finanziellen und etwa gesellschaftsrechtlichen Fragen solche strategischen Fragen im Vordergrund, denn die Hochschulbaugesellschaft solle künftig als strategischer Partner agieren, der – in enger Kooperation mit den Hochschulen – die Campusedwicklung plane, welche sich unter anderem an Gesichtspunkten wie Flächeneffizienz, Klimaschutz und CO₂-Einsparung orientieren solle.

Darüber hinaus sollten verschiedene Modelle entwickelt werden, nach denen ggf. auch das Facility-Management aus dieser Gesellschaft heraus betrieben werden könne – angepasst an die unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedarfe der Hochschulen.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) ergänzt, wie Senatorin Dr. Czyborra bereits ausgeführt habe, befinde sich das Projekt derzeit in der Konzeptionierung, in deren Zuge auch verschiedene Finanzierungsinstrumente diskutiert würden. Es bestünden unterschiedliche Anforderungen, welche wiederum Einfluss auf die genutzten Instrumente hätten. – Die Senatsverwaltung werde in dem bereits erbetenen Berichtsauftrag zur zweiten Lesung erörtern, welche Auswirkungen welche Konzeption auf den vorliegenden Haushalt haben werde.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) greift die Frage der Abgeordneten Gebel zu dem zeitlichen Ablauf des Projekts in der Invalidenstraße auf, bei dem es sich um eines von vier Pilotprojekten handele. Die vorbereitenden Baumaßnahmen seien hier nahezu abgeschlossen, sodass mit der Vorbereitung der Baudurchführung begonnen werden könne.

Nach derzeitigem Stand solle das Projekt von der aktuell dafür zuständigen Baudienststelle, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, weitergeführt und im Folgenden ggf. die langfristige Finanzierung in die Hochschulbaugesellschaft überführt werden, da es andernfalls zu Verzögerungen käme, welche nach Ansicht der Senatsverwaltung nicht akzeptabel seien.

Es werde für alle Pilotprojekte unterschiedliche Lösungen geben. Im Fall der Invalidenstraße werde gewissermaßen eine Zeit lang zweigleisig gefahren. Das langfristige Ziel sei jedoch, die drei Funktionen der Finanzierung, der Baudurchführung und des Bauunterhalts in einer Hand zu bündeln und mit der Hochschulbaugesellschaft eine Einrichtung zu schaffen, die diese Aufgabe umfassend und ganzheitlich betrachten und organisieren könne.

Steffen Zillich (LINKE) verweist hinsichtlich des Projekts in der Invalidenstraße auf den Stand vor der Vorlage des Haushaltsplanentwurfs, demzufolge der Bau zunächst nur gesichert und nicht fortgesetzt werde. Sollte der aktuelle Haushaltsplanentwurf, welcher in dem Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Hochbau – einen entsprechenden Titel – allerdings ohne Gesamtfinanzierung – enthalte, diesbezüglich zu einer Änderung führen, sei es wichtig, darüber informiert zu sein. Er bitte die Senatsverwaltung daher um Klarstellung, ob das Projekt fortgeführt werde.

Was die Hochschulbaugesellschaft anbelange, so habe er bislang keine Kenntnis davon gehabt, dass auch das Facility-Management zu den Zielperspektive dieser Gesellschaft gehöre. Er halte dies für richtig, jedoch würden sich dadurch Auswirkungen ergeben, die sich unter anderem auf die Finanzierungsgrundlagen niederschlagen könnten. Damit nachvollziehbar sei, in welchen Schritten und in welchen Zeitabläufen der Transformationsprozess stattfinden solle, bitte er die Senatsverwaltung, den bereits beauftragten Bericht um einen konkreten Zeitplan zu ergänzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies sei so vermerkt.

Silke Gebel (GRÜNE) bringt vor, ihre Fraktion habe in dem Bericht mit der roten Nr. 2259 A die Frage gestellt, wie die Finanz- und Investitionsplanung in dem Doppelhaushaltsentwurf

durch die Pilotprojekte entlastet werde, worauf die Senatsverwaltung geantwortet habe, eine Entlastung werde dadurch erzielt, dass die Maßnahme 1, Invalidenstraße, nicht mehr in dem Doppelhaushaltsentwurf enthalten sein werde.

Zwar sei diese Maßnahme in dem aktuellen Doppelhaushaltsentwurf tatsächlich nicht aufgeführt, jedoch habe Staatssekretär Dr. Marx soeben ausgeführt, dass sie durch die Senatsverwaltung weitergeführt werde. Ohne eine haushälterische Unterlegung ergebe sich allerdings die Frage, ob die Senatsverwaltung es entweder für vertretbar halte, dass die Maßnahme in der Invalidenstraße erst ab 2030 umgesetzt werde, oder ob sie diesbezüglich doch eine andere Finanzierung heranziehen wolle.

Ihres Wissens sei überdies die Umsetzung von Maßnahmen im Umfeld der Hochschulbaugesellschaft zu Ende des Jahres 2026 geplant, wozu sie bemerken wolle, dass es infolge der im September 2026 stattfindenden Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin zu einer zeitlichen Verzögerung kommen könne. Sie bitte daher nochmals um eine Darstellung des Zeitplans.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) wendet ein, dass er hier keinen Widerspruch sehe. Wie er dargestellt habe, werde die Bautätigkeit durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen weitergeführt, nicht durch die noch zu gründende Baugesellschaft. Die Realisierung der haushälterischen Absicherung für die Übergangsphase befindet sich gegenwärtig auf Leitungsebene in der Abstimmung im Senat.

Was mögliche Verzögerungen infolge der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin betreffe, so unterliege seiner Erfahrung nach lediglich der politische Betrieb einem gewissen Verzug, nicht jedoch die Arbeit in der Senatsverwaltung.

Steffen Zillich (LINKE) bittet nochmals um Aufschluss, ob die Baumaßnahme in der Invalidenstraße mit der Beschlussfassung des Haushalts bis zu einer Klärung der Finanzierungsfragen ausgesetzt sei oder ob die Baumaßnahme in dem Vertrauen darauf, dass diese Fragen geklärt würden, fortgesetzt werde.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt daran anknüpfend, wie die Finanzierung des Projekts umgesetzt werden solle.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) antwortet, wie er bereits ausgeführt habe, befindet sich die haushälterische Absicherung dieses Projekts momentan noch in der Abstimmung im Senat. Er gehe davon aus, dass dafür eine Lösung gefunden werde, und der Bau solle sobald wie möglich fortgesetzt werden.

Steffen Zillich (LINKE) bittet zwecks einer eindeutigen Klarstellung um eine Bestätigung oder ein Dementi, ob dies bedeute, dass die Baumaßnahmen unterbrochen seien, bis diese Probleme geklärt seien.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) weist darauf hin, dass es noch weitere Gründe gebe, aus denen der Bau vorübergehend eingestellt sei. Da dort beispielsweise eine Tramlinie verlaufe, müsse in Abstimmung mit der BVG ein Zeitfenster für entsprechende Baumaßnahmen gefunden werden; aufgrund der Verkehrsplanung der BVG sei dies in der Regel nur einmal im Jahr möglich. Bis das nächste Zeitfenster erreicht werde, sei er zuversichtlich, dass

auch die soeben besprochenen Fragen geklärt sein würden, er schließe sich jedoch seinem Vorredner an, dass eine Klärung erfolgt sein müsse, bevor die Baumaßnahmen fortgeführt werden könnten.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei der Bericht rote Nr. 2218 A zur Kenntnis genommen.

- e1) Bericht SenWGP – V D 1 – vom 28.08.2025 [2259 A](#)
Berliner Hochschulbaugesellschaft Haupt
**Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen**
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 04.06.2025)
- e2) Bericht SenWGP – V D 1 – vom 28.08.2025 [2318 A](#)
Fortschrittsbericht zum Stand der Planung einer Berliner Haupt
Hochschulbaugesellschaft
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 04.06.2025
und aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, wo der Ansatz bezüglich der Mittel für den Transaktionskredit der Hochschulbaugesellschaft im Haushalt veranschlagt sei. Oder erfolge die Finanzierung auf anderem Wege, und wenn ja, wie?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erinnert daran, dass die Hochschulbaugesellschaft sich noch in der Konzeptionierungsphase befinde, weshalb die Frage, wie die langfristige Finanzierung aussehe, noch nicht beantwortet werden könne. Im Zuge der Konzeptionierung seien überdies auch rechtliche, teilweise verfassungsrelevante, Fragen zu klären.

Für den vorliegenden Doppelhaushalt sei unter dem Titel 68260 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an Dritte – die haushälterische Vorsorge für die Projekte getroffen, die nun anlaufen könnten.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit seien die Berichte rote Nr. 2259 A und rote Nr. 2318 A zur Kenntnis genommen.

- f) Bericht SenWGP – I B – vom 24.06.2025 [2181 B](#)
Beschleunigungen der nach § 24 Abs. 3 LHO Haupt
veranschlagten Baumaßnahmen
hier: Kapitel 0910
(Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung vom 02.04.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2181 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titelübergreifend

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) kündigt an, ihre Fraktion werde schriftlich einen titelübergreifenden Berichtswunsch zu den Zuschüssen an Hochschulen und Universitäten einreichen.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion werde schriftlich übergreifende Fragen zu den Hochschulverträgen sowie einen übergreifenden Berichtswunsch zu dem Beauftragten für Antidiskriminierung an Berliner Hochschulen einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Berichtswünsche seien so erfasst.

Titel 23193 – Einnahmen zur Durchführung des Nationalen Stipendiumprogramms –

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, weshalb in diesem Titel die Einnahmen aus dem Bund für das Deutschlandstipendium entfielen.

Christian Hingst (SenWGP) erläutert, an der Grundlage des Programms habe sich nichts geändert, es handle sich lediglich um eine andere Veranschlagung. Die Bundesmittel würden an das Land ausgegeben und anschließend entsprechend des Bundesprogramms weitergereicht.

Titel 28101 (neu) – Ersatz von Ausgaben –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, diesen Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei so vermerkt.

Silke Gebel (GRÜNE) stellt zu dem Titel 28101 (neu) in Verbindung mit Titel 67112 – Ersatz von Personalaufwendungen – die Frage, ob es sich dabei um einen einmaligen Vorgang handle und ob das Land Berlin die Struktur der Hochschulen hinsichtlich der Versorgungslasten übernehmen oder eine andere Struktur einführen werde. – Ihre Fraktion werde zu den beiden genannten Titeln darüber hinaus noch schriftlich Fragen nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies sei so erfasst.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) bittet die Abgeordnete Gebel, ihre Frage nach den Versorgungslasten zu präzisieren.

Silke Gebel (GRÜNE) präzisiert, dass ihre Fraktion zum einen wissen wolle, weshalb sich dieser Titel derart erhöht habe; ihrem Verständnis nach handle es sich um einen Einnahmetitel aus dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag. Zudem interessiere sie grundsätzlich zu dem gesamten Komplex der Übertragung von Versorgungslasten, wie die Senatsverwaltung damit umgehen wolle, wenn die Hochschulverträge beendet seien. Würden die Versorgungslasten dann wieder an die Hochschulen zurückübertragen, oder solle ein neues Modell eingeführt werden? – Zum anderen stelle sie die Frage, wie sich die Anlagestrategie für die versor-

gungsbezogenen Leistungen gestalten solle, falls diese Aufgabe beim Land Berlin verbleiben werde.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) führt einleitend aus, in den 16 Bundesländern gebe es einen unterschiedlichen Umgang mit der Tatsache, dass an den Hochschulen verbeamtetes Personal tätig sei. So bestehe auf der einen Seite das Modell, dass diese Beschäftigten wie alle anderen Beschäftigten des Landes mit einem Stellenplan hinterlegt seien, wodurch auch die Tarifaufwüchse entsprechend abgebildet würden.

Auf der anderen Seite gebe es das Modell der Globalsumme, die den Hochschulen zur Verfügung gestellt werde und aus welcher sie sämtliche Lasten tragen müssten. Dadurch entstünden gewisse Nachteile, insbesondere bei gemeinsamen Berufungen mit außeruniversitären Einrichtungen. Unter anderem aus diesem Grund sei schon seit Längerem die politische Forderung vorgebracht worden, die Pensionslasten sollten von den Hochschulen wieder an das Land übergehen – unter Rückübertragung der den Hochschulen zu diesem Zweck zugeführten Mittel an das Land.

Das Thema des öffentlichen Personals in den Hochschulen, sowohl der Tarifbeschäftigten als auch der Beamtinnen und Beamten, werde auch perspektivisch bei den nächsten Hochschulverträgen, die ab 2029 wirksam würden, eine Rolle spielen. Diesbezüglich seien verschiedene Fragen unter anderem mit der Senatsverwaltung für Finanzen zu klären, etwa in Bezug auf Stellenpläne oder eine Grenze von Beamtenstellen.

Ihrer Ansicht nach gebe es zwei Möglichkeiten: Entweder werde eine Globalsumme zur Verfügung gestellt, deren Verteilung der Hochschulautonomie unterliege, oder es würden enge Vorgaben gemacht, wie etwa in Baden-Württemberg. Die Hochschulautonomie, wie sie in den Hochschulverträgen festgehalten sei, biete ihrer Auffassung nach den Vorteil, schneller auf sich verändernde Rahmenbedingungen, neue Bedarfe usw. reagieren zu können. Gleichwohl könne im administrativen Bereich, etwa in Bezug auf Mitarbeiterverordnungen und Stellenpläne, nach ihrem Dafürhalten eine noch größere Freiheit ermöglicht werden.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) fügt zu der Frage bezüglich der Erhöhung des Titels an, es sei sich mit den Hochschulen und innerhalb des Senats darauf geeinigt worden, die Verpflichtung der Versorgung auf das Land zu übertragen. In der Folge würden auch die Rücklagen, die von den Hochschulen für die Versorgungslasten gebildet worden seien, an das Land überführt. Dies führe zu einer einmaligen Erhöhung dieses Einnahmetitels, welche daher auch nur in diesem einen Jahr ausgewiesen sei. Es handele sich dabei um eine Summe von circa 105 Mio. Euro. – Im Übrigen sei beabsichtigt, dass die Versorgung dauerhaft beim Land Berlin liegen solle.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, ob das Land Berlin diese Zahlungen demzufolge direkt leisten werde. Dennoch müsse das Land einen Fonds einrichten, aus dem diese Ausgaben finanziert werden sollten.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) betont, hier müsse zwischen zwei Sachverhalten unterschieden werden. Zum einen gehe es um die jährlichen Aufwendungen, die für die Versorgung zu leisten seien. Bislang seien diese Teil der Globalzuschüsse der Hochschulen ge-

wesen und aus diesen geleistet worden. Künftig werde dies auf anderem Wege organisiert, weshalb auch die Globalzuschüsse um diese Summe reduziert würden.

Zum anderen gehe es um die Rücklagen, die in der Vergangenheit als Vorsorge für Versorgungszwecke gebildet worden seien. Bei diesem Einnahmetitel handele es sich um diese von den Hochschulen an das Land Berlin zu übertragenen Rücklagen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) beantragt, Titel 54010 solle zur zweiten Lesung zurückgestellt werden. Sie bitte zudem um eine mündliche Erläuterung, worauf sich der Begriff der neuen Gesellschaftsformen/Umstrukturierungen in Teilansatz 3 aus diesem Titel beziehe.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, die Zurückstellung des Titels sei so vermerkt.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, sie wolle sich dieser Frage anschließen und darüber hinaus wissen, ob ein Zusammenhang mit dem Titel 68260 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an Dritte – bestehe.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) stellt dar, in diesem Teilansatz seien die Beratungsleistungen veranschlagt, die die Senatsverwaltung durch die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH im Rahmen der Konzeptionierung und Etablierung der Berliner Hochschulbaugesellschaft in Anspruch nehme.

Titel 68260 (neu) – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an Dritte –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) wirft zu diesem Titel die Frage auf, ob die Senatsverwaltung davon ausgehe, dass im Doppelhaushalt 2026/2027 keine Aktivierung der Hochschulbaugesellschaft erfolgen und damit erst ab 2028 gestartet werden könne.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) antwortet, er wolle zunächst Klarheit hinsichtlich des Begriffs „starten“ herstellen. Auch wenn nach der Gründung der Hochschulbaugesellschaft im Jahr 2026 nicht sofort am nächsten Tag gebaut werde, sollten Bauvorbereitungen und im Laufe des kommenden Doppelhaushalts ggf. auch Baumaßnahmen gestartet werden. Verschiedene Projekte, die bereits in Planung seien, sollten so schnell wie möglich fortgeführt werden.

Zu den Kerngedanken einer Baugesellschaft gehöre, die Finanzierung zu strecken, weshalb die in den jeweiligen Jahresscheiben anfallenden Kosten zunächst niedriger ausfielen. Je nachdem, mit welchem Volumen die Gesellschaft schließlich ausgestattet werde, könne sich dies perspektivisch anders gestalten; zu Beginn sollten diese Titel jedoch ausreichend sein.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) kündigt an, ihre Fraktion werde dazu noch schriftliche Fragen nachreichen.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion werde ebenfalls schriftliche Fragen zu diesem Titel einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei so vermerkt.

Titel 68410 (neu) – Partizipationsmaßnahmen –

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt zu diesem Titel, ob es sich bei dem Ansatz von 1 000 Euro lediglich um einen Merkansatz handele oder ob, und wenn ja, welche Maßnahmen im Bereich Geflüchtete an Hochschulen vorgesehen seien.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet bei diesem Titel ebenfalls um Aufschluss, ob es schon Maßnahmen gebe und wie diese finanziert würden. Sie wolle außerdem wissen, weshalb es sich um einen Merkansatz handele. Erfolge die Finanzierung über den potenziellen Notlagenkredit oder möglicherweise eine Nachschiebeliste? – Ihre Fraktion werde dazu auch noch schriftliche Fragen einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei so erfasst.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) schildert, dass Hilfemaßnahmen für Geflüchtete grundsätzlich über die Globalzuschüsse der Hochschulen finanziert würden. Es handele sich daher um einen zusätzlichen Merkansatz für den Fall, dass weitere Mittel etwa aus Landes- oder Bundesprogrammen zur Verfügung stünden.

Titel 68413 – Zuschuss an das Studierendenwerk –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) beantragt, Titel 68413 zur zweiten Lesung zurückzustellen. – Sie bitte die Senatsverwaltung zudem mündlich um eine Einschätzung, wie sich die Ankündigung des studierendenWERKS, zur Kompensation der ausfallenden Landesmittel die Beiträge zu erhöhen, auf die Studierenden auswirken werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Zurückstellung des Titels sei so vermerkt.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) bestätigt, dass die Gebühren des studierendenWERKS von circa 65 Euro auf 85 Euro pro Semester erhöht worden seien, womit sie jedoch weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt von 95 Euro und im Vergleich zu anderen urbanen Ballungsräumen und Metropolen am unteren Ende lägen.

Gleichwohl stelle dies eine zusätzliche Belastung für Studierende dar, die allerdings im Zuge der im Land Berlin zu leistenden Gesamtkonsolidierung als ein vertretbarer Weg erachtet werde. Generell gelte es, Studierende als sozial vulnerable Gruppe im Blick zu behalten.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um eine mündliche Stellungnahme, ob sich diese Lücke durch eine Erhöhung finanzieren solle und ob Gespräche mit dem studierendenWERK im Hinblick auf eine Aufgabenreduktion geführt würden. – Ihre Fraktion werde darüber hinaus übergreifend zu allen Titeln mit Bezug auf das studierendenWERK schriftliche Fragen einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei so vermerkt.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bemerkt unter Verweis auf eine Vorlage zur Entsperrung von Mitteln für den durch das studierendenWERK geplanten Mietendeckel, dass dieser eine

zusätzliche Maßnahme zum Schutz von Studierenden darstellen könne. Nachdem diese Vorlage durch den Hauptausschuss vertagt worden sei, interessiere sie, wie diesbezüglich der nächste Schritt aussehen solle.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erläutert, bei dem Mietendeckel handele es sich um eine rückwirkende Regelung, an deren Umsetzung weiter gearbeitet werde.

Was die Frage der Abgeordneten Gebel betreffe, so leiste die Erhöhung der Beiträge einen notwendigen und wichtigen Beitrag zur Finanzierung des studierendenWERKs. Selbst wenn es in der ein oder anderen Sachfrage zu einer Neupräzisierung kommen könne, sollten die Angebote auch mit der neuen Mittellage so weit wie möglich erhalten bleiben. Er gehe davon aus, dass weiterhin ein Fokus auf der psychosozialen Unterstützung von Studierenden liegen werde, da in diesem Bereich in den letzten Jahren, auch verstärkt durch die Coronapandemie, ein hoher Bedarf zu verzeichnen sei.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt die Frage, ob die Erhöhung der Gebühren deckungsgleich mit der Konsolidierung sei, oder woraus die Reduzierung in dem Haushaltsansatz resultiere.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) führt aus, dass unter anderem aus dem Abgeordnetenhaus in vielen Bereichen des Berliner Landeshaushalts der Wunsch an die Senatsverwaltungen herangetragen werde, sich an Mittelwerten im Bundesdurchschnitt zu orientieren. Da die Studierendenbeiträge weit unter dem Bundesdurchschnitt gelegen hätten, sei eine Näherung an den Mittelwert erfolgt und aus der Differenz resultiere die Absenkung.

Titel 68500 – Förderung der Frauen in Forschung und Lehre –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, weshalb in diesem Titel keine Inflations- oder Tarifierpassungen enthalten seien und ob dies nicht zu einer inhaltlichen Reduktion eines Programms führen könne.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) unterstreicht zunächst, dass das Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre – BCP – bereits seit vielen Jahren erfolgreich bestehe und ihrer Ansicht dazu beitrage, dass das Land Berlin im Hinblick auf den Anteil von Professorinnen in den Hochschulen bundesweit an der Spitze stehe.

Das Programm habe stets eine längere Laufzeit und werde fortlaufend evaluiert. Angesichts einer sich dynamisch entwickelnden Hochschullandschaft werde immer wieder geprüft, mit welchen Instrumenten Frauen in den Wissenschaften zielgenau gefördert bzw. nach wie vor bestehende Nachteile in den Karrieren ausgeglichen werden könnten. Es sei daher nicht automatisch davon auszugehen, dass eine Fortschreibung zu einer verminderten Leistungsfähigkeit führe.

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde noch schriftliche Fragen zu dem Titel 68500, insbesondere was die Kofinanzierung angehe, einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies sei so erfasst.

**Titel 68514 – Zuschüsse im Rahmen der Exzellenzstrategie des Bundes
und der Länder - Förderlinie Exzellenzuniversitäten –**

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) beantragt, dass dieser Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werden möge.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei so vermerkt.

Titel 68517 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an Hochschulen –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Aufschluss, warum dieser Titel von 7,4 Mio. Euro auf 500 000 Euro abgesenkt worden sei.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) antwortet, eine Ursache hierfür sei die anstehende umfassende Weichenstellung, dass mit der Gründung der Hochschulbaugesellschaft diese Aufgaben künftig stärker dort organisiert werden sollten. Deshalb würden die Bauvorbereitungsmittel an den Hochschulen für gewisse Maßnahmen in den kommenden Jahren in geringerem Umfang über dieses Instrument bereitgestellt. Ein weiterer Grund sei, dass die Bauvorbereitungen an verschiedenen wichtigen Projekten abgeschlossen seien. – Somit entwickle sich ein solcher Titel auch dynamisch.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, wie verhindert werden solle, dass in den Universitäten ein Stau entstehe und keine Bauvorbereitungen stattfänden. – Zudem werde ihre Fraktion in Bezug auf den Titel 68517 noch Fragen dazu einreichen, welche Maßnahmen darüber finanziert werden sollten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies sei so vermerkt.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) weist darauf hin, dass die Charité, die bislang unter dem Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Hochschulen – verordnet gewesen sei, mit dem kommenden Doppelhaushalt in dem Kapitel 0940 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Außeruniversitäre Forschung und Charité – angesiedelt sei. Aus diesem Grund seien Bauvorbereitungsmittel in Höhe von circa der Hälfte dieses Ansatzes in das Kapitel 0940 übertragen worden.

Grundsätzlich bestehe nicht nur im Land Berlin, sondern in der gesamten Bundesrepublik ein gewisser Investitionsstau. Das Land Berlin befinde sich gegenwärtig in einer Umstellungsphase, die es aus dieser Problematik herausführen solle, was jedoch nicht ohne Auswirkungen vonstattengehe.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) ergänzt, die Hochschulen realisierten Bauvorhaben auch aus ihren Globalzuschüssen und Rücklagen. Derzeit würden umfangreiche Baumaßnahmen von den Hochschulen umgesetzt.

Titel 68520 – Zuschüsse an Universitäten –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, dieser Titel möge zur zweiten Lesung zurückgestellt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies sei so vermerkt.

Titel 68521 – Qualitäts- und Innovationsoffensive an Hochschulen – Fördermittel zur Umsetzung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken –
Titel 68543 – Zuschüsse an Fachhochschulen –
Titel 68559 – Zuschüsse aus Bundesmitteln für den Zukunftsvertrag "Studium und Lehre stärken" –

Frank-Christian Hansel (AfD) bemerkt, bei Titel 68521 und Titel 68543 decke sich die Reduzierung des Ansatzes mit der Übernahme der Versorgungslasten, wozu er wissen wolle, in welchem Titel diese Versorgungslasten durch das Land etatisiert seien.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um die mündliche Beantwortung einer Frage zu Titel 68521, bei dem im Jahr 2024 ein sehr geringer Mittelabfluss stattgefunden habe: Wie erkläre die Senatsverwaltung trotzdem die veranschlagten Mittel, und komme es neben den geringeren Mittelabflüssen auch zu einer Absenkung des Ansatzes aufgrund der höheren Bundesmittel in Titel 68559? Könnten die Verpflichtungen der Kofinanzierung bei einem geringeren Mittelansatz für den Landesanteil bei einem höheren Bundesanteil erfüllt werden? – Ihre Fraktion werde zudem übergreifend zu den Hochschulverträgen noch schriftliche Fragen einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies sei so erfasst.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) antwortet auf die Frage des Abgeordneten Hansel, dass die Versorgungslasten in Titel 67112 – Ersatz von Personalaufwendungen – etatisiert würden.

Christian Hingst (SenWGP) weist hin, dass die Qualitäts- und Innovationsoffensive – QIO – nicht nur Landes-, sondern auch Bundesmittel umfasse und es dort eine langfristige Planung über mehrere Jahre gebe. Die Landeskofinanzierung des Zukunftsvertrags „Studium und Lehre stärken“ habe das Land Berlin mehr als erfüllt. Die QIO werde derzeit, ähnlich wie das BCP, welches bis Ende 2026 laufe, neu aufgestellt. In diesem Kontext werde auch eine Abstimmung mit den Hochschulen über Bedarfe erfolgen und das Programm anschließend anhand der zur Verfügung stehenden Mittel ausgerichtet.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, Titel 68543 möge zur zweiten Lesung zurückgestellt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei so vermerkt.

Titel 68548 (neu) – Forschungsstrategie –

Silke Gebel (GRÜNE) stellt die Frage, weshalb es sich bei diesem Titel lediglich um einen Merkansatz handle und wie hier das perspektivische Ziel aussehe. Da eine Forschungsstrategie in der Regel über mehrere Jahre laufe, gehe sie davon aus, dass mehr als die veranschlagten 2 000 Euro, auch über den kommenden Doppelhaushalt hinaus, erforderlich seien.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) stellt dar, dass Merksätze im Grundsatz die Möglichkeit einer haushaltstechnischen Umsetzung für den Fall böten, dass zusätzliche Mittel zur Verfügung stünden. Auch wenn mehr als 2 000 Euro wünschenswert seien, bestehe die Grundidee der forschungspolitischen Strategie in einer Konzentration und Fokussierung der Forschungsaktivitäten im Land Berlin. In Zeiten der Konsolidierung sei es notwendig, Prioritäten zu setzen, welche insbesondere bei den Hochschulen lägen.

Bei der forschungspolitischen Strategie gehe es zum jetzigen Zeitpunkt vor allen Dingen darum, mit der Berlin University Alliance und den in ihr versammelten Einrichtungen, aber auch den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und den Hochschulen für angewandte Wissenschaften gemeinsam eine Strategie zu entwickeln, wie sichergestellt werden könne, dass durch Konzentration und Fokussierung die Exzellenz des Berliner Forschungsraums in den kommenden Jahren nicht nur aufrechterhalten, sondern weiter ausgebaut werden könne.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, inwieweit dies mit Personalmitteln untersetzt sei.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) erläutert, dieser Prozess werde zunächst in der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege mit dem dort vorhandenen qualifizierten Personal aufgesetzt. Einige Aufgaben, etwa hinsichtlich Daten und Analysen, würden auch über eine Fremdvergabe wahrgenommen, und es werde überdies Unterstützung aus den Hochschulen geleistet, die Organisation des Prozesses finde aber vor allem in ihrem Haus statt. – Ziel sei es, mit allen Stakeholdern der Forschungslandschaft zu eruiieren, wie der Forschungsstandort politisch strategischer aufgestellt werden könne.

Titel 68553 (neu) – Zuschuss für den Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV) –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Aufschluss, weshalb dieser Titel, welcher einen umfangreichen Zuschuss in Höhe von 726 000 Euro enthalte, eingerichtet worden sei.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) schildert, diese Mittel seien bislang beim Zuse-Institut Berlin veranschlagt gewesen, da der KOBV technisch dort angesiedelt sei. Dabei gehe es insbesondere um Digitalisierung sowie Zugriffe auf die großen Bibliotheksbestände, sowohl der städtischen als auch der wissenschaftlichen und sonstigen Bibliotheken. – Im Allgemeinen liege der KOBV in der Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Titel 68561 – Berlin School of Public Health – Titel 68562 – Zuschüsse an Kunsthochschulen –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, wie der weggefallene Titel 68561 zukünftig finanziert werde.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, sie schließe sich der Frage an und beantrage zudem, Titel 68561 und Titel 68562 zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Zurückstellung der Titel sei so vermerkt.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) führt aus, bei der Berlin School of Public Health – BSPH – handele es sich um eine Kooperation der Charité, der Technischen Universität und der Alice Salomon Hochschule, welche diese mit eigenen Mitteln finanzierten. Da Public Health ein Thema von hoher Relevanz sei – dies zeige im Übrigen auch die Ausrichtung des World Health Summit in Berlin –, habe das Land Berlin die BSPH bislang zusätzlich mit Mitteln aus dem Landeshaushalt unterstützt, was in der bisherigen Höhe nun jedoch nicht mehr möglich sei.

Silke Gebel (GRÜNE) wirft ein, dass die drei angesprochenen Hochschulen Kürzungen erfahren hätten, und sie sich frage, ob die zuvor in dem Titel vorhandenen 400 000 Euro in den Hochschulverträgen kompensiert werden sollten, obwohl die Hochschulen Millionenbeträge einsparen müssten. Bedeute dies, dass Public Health in die neuen Hochschulverträge aufgenommen und stattdessen beispielsweise bei dem Hebammenstudiengang an der Charité gekürzt werden solle?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) entgegnet, dass dieser Prozess gerade im Gange sei. Es müsse geprüft werden, was im Land Berlin unbedingt erhalten bleiben und finanziert werden solle – auch aus den Hochschulverträgen und dem Charité-Vertrag –, wo Schwerpunkte gesetzt, wo aber auch Kürzungen umgesetzt werden müssten. – Überdies finde gegenwärtig auch eine Debatte über eine Neuausrichtung der BSPH statt.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) beantragt, diesen Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen. – Zusätzlich bitte sie um die mündliche Beantwortung von Fragen zu den verschiedenen Teilansätzen:

In Bezug auf Teilansatz 3 – Wissenschaftskommunikation – interessiere sie, welche Auswirkungen die Absenkung von 1,8 Mio. Euro auf 700 000 Euro für die Wissenschaftskommunikation habe. Fielen dadurch Stellen bei den Zuschussempfängern weg, und wenn ja, in welchem Umfang? Welche Zuschussempfänger seien von den Kürzungen betroffen?

Zu Teilansatz 9 – Promotionen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften –, welcher von 1 Mio. Euro auf 86 000 Euro abgesenkt worden sei, wolle sie wissen, ob das Projekt damit abgeschlossen sei, und wenn ja, mit welchem Ergebnis? Was werde in diesem Fall mit den verbleibenden Projektmitteln von 86 000 Euro noch finanziert?

Im Hinblick auf Teilansatz 12 – Steigerung Lehramtsabsolvierende – habe sie die Frage, ob der Senat davon absehe, eine weitere Steigerung der Lehramtsabsolvierenden zu verfolgen, oder ob diese Anpassung bereits eine Konsequenz aus dem wahrscheinlichen Studienplatzabbau durch die Nachverhandlung der Hochschulverträge sei.

Zu Teilansatz 18 – Transformationspauschale – bitte sie um die Vorlage eines schriftlichen Konzepts, was in den kommenden beiden Jahren mit diesen Mitteln geschehen solle. Wann werde das Konzept hierzu vorliegen?

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde schriftlich Fragen zu Titel 68569 nachreichen. Insbesondere die Tatsache, dass kleinere Summen wie die Mittel für die Berlin

School of Public Health in Höhe von 400 000 Euro gestrichen, für den Transformationsfonds dagegen 20 Mio. Euro eingestellt worden seien, werfe Fragen ob der Prioritätensetzung auf.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Zurückstellung des Titels sei so vermerkt. – Zu den eingereichten Fragen solle schriftlich berichtet werden.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) führt zunächst zu der Frage der Abgeordneten Dr. Schmidt bezüglich des Teilansatzes 3 aus, dass die Projekte, auf welche dieser sich beziehe, über weitere Finanzierungsquellen verfügten, weshalb die Senatsverwaltung nicht davon ausgehe, dass in diesem Bereich Stellen wegfielen. Es stünden überdies noch Mittel zur Verfügung, um die Berlin Science Week und ähnliche Formate in der Stadt zu halten, welche jedoch mittlerweile auch etabliert seien und auf dieser Grundlage weiterhin gut operieren könnten.

In Teilansatz 9 seien weniger Mittel veranschlagt, da das Projekt der Etablierung des Promotionsrechts an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Grunde genommen abgeschlossen sei. Nun würden noch die Geschäftsstellen zur Begutachtung der einzurichtenden Promotionsstellen finanziert.

Was die Frage zu Teilansatz 12 anbelange, so solle die Lehrkräftebildung in Berlin weiter ausgebaut werden, allerdings werde nun anstelle der Zielzahl von 2 500 Absolventinnen und Absolventen eine Zahl von 2 200 avisiert, was eine Absenkung dieses Teilansatzes ermöglicht habe.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet noch einmal darum, dass die Senatsverwaltung den Teilansatz 18 insbesondere im Hinblick auf die Prioritätensetzung im Haushalt erläutern möge.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) unterstreicht, dass die Hochschulen die ursprünglich vereinbarten Ziele weiterhin erreichen würden, jedoch zwei Jahre später. In diesem Zusammenhang sei ein Anpassungsprozess zu leisten, und diese Mittel flössen den Hochschulen direkt zu, um diesen Prozess zu bewältigen.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) fügt hinzu, allein für diese Übergangsphase seien in zwei Jahresscheiben 20 Mio. Euro veranschlagt, um die Auswirkungen der Konsolidierung des Landeshaushalts für die Hochschulen abzufedern, sodass es in seinen Augen keine falsche Prioritätensetzung gebe. Kosten zu senken sei bei allen größeren Organisationen ein längerer Prozess, und die Hochschulen sollten in dieser Anpassungsphase unterstützt werden.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) kommt noch einmal auf Teilansatz 3 zu sprechen, bei dem Staatssekretär Dr. Marx auf andere Finanzierungsquellen verwiesen habe; sie interessiere, um welche Finanzierungsquellen es sich dabei handele.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erläutert, diese Projekte würden nicht über die Mittel finanziert, die von Bund und Land bereitgestellt würden, sondern es gebe grundsätzlich andere Finanzierungsstrukturen. In Rücksprache mit den Veranstaltern werde dies als ein gangbarer Weg erachtet.

**Titel 68592 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln
(Förderperiode 2021-2027) –**

Titel 68597 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027) –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bemerkt, dass in beiden Titeln jeweils nur noch der Merkansatz genannt sei, die Förderperiode jedoch bis 2027 laufe. Welche Konsequenzen würden sich daraus ergeben? Da mit diesen Mitteln häufig Kofinanzierungsmittel verbunden seien, könnten durch den Wegfalls eines Ansatzes auch noch weitere Ansätze wegfallen.

Silke Gebel (GRÜNE) konstatiert, ihre Fraktion interessiere übergreifend zu allen europäischen Mitteln, inwieweit diese schon in die Konzipierung des Folgeprogramms einbezogen seien. Da Berlin prosperiere, seien in der Vergangenheit in jeder Runde weniger Mittel zu Verfügung gestellt worden. Rechne die Senatsverwaltung damit, auch künftig weniger Mittel zu erhalten?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) antwortet auf die Frage der Abgeordneten Dr. Schmidt, dass der Merkansatz grundsätzlich weiter bestehen bleibe, die dort bislang eingestellten Mittel künftig jedoch im Rahmen eines Pre-Seed-Fonds für Ausgründungen aus der Wirtschaft über die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe bereitgestellt würden.

In Bezug auf die Frage der Abgeordneten Gebel stimme er zu, dass es wichtig sei, bei der Ausgestaltung des Programms frühzeitig auch die Berliner Perspektive einzubringen. Was die Entwicklung der Mittel anbelange, sei es zu diesem Zeitpunkt allerdings zu früh, eine Prognose dahin gehend abzugeben.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) ergänzt, das Thema der zukünftigen Forschungsförderung in Europa sei ein kontinuierlicher Tagesordnungspunkt sowohl im Wissenschaftsrat als auch bei der neu gegründeten Wissenschaftsministerkonferenz der Kultusministerkonferenz. Es bestehe ein intensiver Austausch mit der neuen EU-Kommissarin für Start-Ups, Forschung und Innovation, Ekaterina Sachariewa, und mit den Zuständigen in Brüssel; Berlin sei auf allen Ebenen eingebunden.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, die Titel 68592 und 68597 sowie den Titel 89360 – Zuschuss an das Studierendenwerk für Investitionen –, den Titel 89401 – Investive Zuschüsse an Universitäten –, den Titel 89402 – Investive Zuschüsse an Fachhochschulen – und den Titel 89403 – Investive Zuschüsse an künstlerische Hochschulen – zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei so vermerkt.

**Titel 89423 – Zuschüsse für Solaranlagen und energieeffizienzsteigernde
Maßnahmen –**

Silke Gebel (GRÜNE) fragt zu diesem Titel, welcher einen Merkansatz ausweise, ob eine Verstärkung von Klimaschutzmaßnahmen über diesen Titel ins Auge gefasst werde, da die

Senatsverwaltung solche Maßnahmen nicht in dem Sondervermögen beantragt habe. Sie bitte zudem um Aufschluss, weshalb keine derartige Beantragung erfolgt sei.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) schildert, dass es in der Vergangenheit Überlegungen zur Einführung eines Programms gegeben habe, was jedoch nicht erfolgt sei. Die Senatsverwaltung habe nicht versäumt, sich vorzubereiten, allerdings fielen Entscheidungen bisweilen anders aus. Der Merkansatz halte Handlungsoptionen für den Fall offen, dass weitere Mittel zur Verfügung stünden.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) beantragt, dass Titel 51185 zur zweiten Lesung zurückgestellt werden möge. – Zudem bitte sie um eine mündliche Auskunft, ob die Projekte unter Teilansatz 4 und Teilansatz 5 im Jahr 2026 größtenteils abgeschlossen sein würden, sodass die reduzierten Mittel im Jahr 2027 ausreichend seien.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erklärt, die Senatsverwaltung gehe davon aus, dass dem so sein werde. Sollte dies nicht der Fall sein, werde rechtzeitig Vorsorge dafür getroffen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Zurückstellung des Titels sei vermerkt.

Kapitel 0920 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Gesundheit –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenWGP – I A 26 – vom 05.08.2025 [2278 A](#)
Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) – Beauftragung einer Beratungsdienstleistung Haupt
hier: Zusammenarbeit mit dem ITDZ
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 02.06.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2278 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

- b) Bericht Der Senat von Berlin – WGP I F 11 – vom [1650 C](#)
19.08.2025 Haupt
Clearingstelle für die gesundheitliche Versorgung von nicht krankenversicherten Menschen ohne Regelversorgung / Anonymer Krankenschein
gemäß Auflage B. 68 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bekundet, die Clearingstelle gehöre ihrer Ansicht nach zu den wichtigsten Einrichtungen insbesondere für die ärmste Bevölkerungsschicht in der Stadt, jedoch sei diese im Haushaltsplanentwurf für die kommenden beiden Jahre nicht länger als

separater Teilansatz, sondern als Teil des Integrierten Gesundheitsprogramms – IGP – aufgeführt. Dort seien die Mittel deutlich reduziert, weshalb sie wissen wolle, ob der Clearingstelle innerhalb dieses Programms eine Sonderstellung zukomme, welche es weiterhin ermögliche, alle Bedarfe aufzufangen. Oder bestehe die Gefahr, dass ab 2026 Menschen abgewiesen würden?

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, ob die Gesamtmittel der Clearingstelle in gleicher Höhe beim IGP erhalten blieben.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) konstatiert, man sei sich wohl einig, dass die Clearingstelle eine außergewöhnliche Rolle für das Land Berlin spiele. Die Deckelung ihrer Bedarfe ergebe sich eigentlich nur durch die Räumlichkeiten, die die Möglichkeiten in Bezug auf Beratungs- und Behandlungstätigkeiten begrenzen. Ihr Haus habe die Clearingstelle sehr auskömmlich geplant. In den letzten Jahren habe man um- und querfinanzieren müssen, damit nicht mitten im Jahr beispielsweise die Ausstellung von Krankenbehandlungsscheinen habe ausgesetzt werden müssen. Jetzt habe man die Clearingstelle im Rahmen der zu erwartenden Leistungs- und Bedarfsermittlung auskömmlich ausgestattet. Insbesondere bei Räumlichkeiten für Träger der sozialen Infrastruktur stelle sich immer wieder die Frage nach Mietkostenerhöhungen und Nebenkostensteigerungen. Man hoffe, dass die Verortung im IGP dazu führen werde, dass man nicht nur langfristig Verträge abschließen, sondern auch Mietverträge langfristig ausstellen könne.

Man werde einer solchen Clearingstelle auch in mindestens fünf Jahren noch bedürfen, auch wenn es bei den Bedarfen in sich zu leichten Änderungen komme, zum Beispiel nach Alter, Krankheitsform oder Herkunft. Man sei sowohl mit den Krankenhausträgern als auch mit SenASGIVA in der Diskussion über die Anpassung des sogenannten Nothelferparagrafen. Dies sei eine Festlegung aus den Richtlinien der Regierungspolitik. Hierbei gehe es um die rein ambulante Versorgung, nicht um die stationäre. Dementsprechend gebe es einen sehr viel höheren Bedarf, der aufgrund der begrenzten Räumlichkeiten ausgestattet werden müsse. Es gebe noch weitere Projekte, die auf die gesundheitliche und pflegerische Versorgung von Obdach- und Wohnungslosen und anonymisierten Kranken ausgerichtet seien. Die Clearingstelle mit ihrem sozialberaterischen Ansatz sei aber absolut notwendig.

Es gebe Diskussionen darüber, wie man langfristig die sozialen Träger, die für das Land Berlin eine absolut wichtige Leistung erbrächten, so absichern könne, dass sie den Unbilden des Marktes nicht mehr in dieser Form unterlägen. Bei einem begrenzten Budget werde ihr Haus in Zukunft nicht mehr alle Miet- und Nebenkostensteigerungen ausgleichen können. Dies treffe aber explizit nicht auf die Krankenwohnung zu. Menschen, die keine andere Art der Versorgungsmöglichkeit hätten, genossen im Rahmen der Anmeldung einen besonderen Schutz und eine besondere Priorität. Bei Einrichtungen, die rund um die Uhr geöffnet seien, könne man nicht die Beratungsleistungen oder die Öffnungszeiten einschränken. Dies gelte auch für die Clearingstelle.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei der Bericht rote Nr. 1650 C zur Kenntnis genommen.

- c) Bericht SenWGP – I B – vom 24.06.2025 [2181 B](#)
Beschleunigungen der nach § 24 Abs. 3 LHO Haupt
veranschlagten Baumaßnahmen
hier: Kapitel 0920
(Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung vom 02.04.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2181 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

- d) Bericht SenWGP – I B – vom 04.06.2025 [1337 B](#)
Arbeitsstand des Psychiatrieentwicklungsprogramms [Haupt](#)
(PEP) sowie der Arbeitsgemeinschaft Evaluation
(Berichtsauftrag aus der 68. Sitzung vom 27.11.2024)

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, wann die Evaluation vorliegen solle.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) sagt, sie wünsche ebenfalls zu erfahren, wann der Bericht vorliegen werde und ob dieser dann auch hier im Ausschuss behandelt werden könne.

Lars Rauchfuß (SPD) kündigt an, dass seine Fraktion zu dem Komplex PEP noch schriftliche Fragen einreichen werde. Man benötige eine Übersicht, was aus den konkreten Angeboten in den Bezirken werde. Dies sei in den Globalsummen etatisiert und auch nicht gekürzt, aber trotzdem fehlten infolge des Angriffskriegs auf die Ukraine Mittel, die früher vorhanden gewesen seien. In den Bezirken bedeute dies, dass Angebote in der Substanz gekürzt werden müssten.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) merkt an, bei der Anhörung der Bezirke vor zwei Jahren habe kein einziger Bezirk die PEP-Mittel thematisiert. Gleichwohl sei es richtig, diese Fragen hier zu stellen. Für SenWGP sei die Frage der Entwicklung im niedrigschwelligen, anonymisierten psychosozialen Bereich besonders wichtig, weil dieser eine wohnortnahe Versorgung mit sehr niedrigen Barrieren darstelle. Einige der Fragenkomplexe müsse SenFin beantworten. Bei der Sitzung des Landesbeirats für psychische Gesundheit Ende Juni 2025 habe ihr Haus einen Zwischenstand der Evaluation vorgestellt. Man stehe vor besonderen Herausforderungen inhaltlicher, aber auch finanztechnischer Art. Leider hätten einige Bezirke im Rahmen der Globalsummenzuweisung nicht alle Mittel ausgereicht, sondern sie für die Auflösung ihrer eigenen PMA verwendet. Dies sei schade, weil die Träger sich darauf verließen. Hier benötige es eine gewisse Konkretisierung im Rahmen der Verwaltungsreform, dass Mittel, die für einen bestimmten Zweck vorgesehen seien, sich auch entsprechend in den Bezirken ausformten. Die Kostensteigerung führe dazu, dass das Budget für die Träger nicht kostendeckend sei.

Ihr Haus würde sich wünschen, dass diese Weiterentwicklung sich nicht nur finanzpolitisch darstellen würde, sondern man müsse sich auch fachlich auf die Herausforderungen der Zukunft einstellen können, um mit weiterführende Fragestellungen und unterschiedlichen Problemstellungen umgehen zu können. Dies sei aber nur möglich mit einer zuverlässigen Finanzierung für diese Projekte. Die Träger erbrächten für das Land Berlin Leistungen, die sehr wertvoll für die Klientinnen und Klienten seien. Dafür bräuchten sie eine verlässliche Struktur. Der Evaluationsbericht solle bis 2026 angefertigt werden. Auf der anderen Seite stehe die Frage der Finanzierungssystematik und der Verortung in den Bezirken. Sie hoffe, dass man hier ein großes Stück nach vorn kommen werde. Auch die Reform der Bezirksfinanzierung spiele hierbei eine Rolle.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei auch der Bericht rote Nr. 1337 B zur Kenntnis genommen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bekundet, sie bitte darum, alle 6er-Titel in diesem Kapitel zurückzustellen zur zweiten Lesung. – Zudem werde ihre Fraktion einen schriftlichen Be-

richtsauftrag einreichen mit der Bitte um eine Auflistung aller Titel, in denen Mittel für den ÖGD etatisiert seien, insbesondere mit Hinweis darauf, ob die eventuell ab 2027 auslaufenden Mittel des Bundes gegebenenfalls vom Land kompensiert würden und wenn ja, in welcher Höhe. Wenn nein: Wie würden dann die Gesundheitsämter in den Bezirken ab 2027 unterstützt werden? Man könne nicht davon ausgehen, dass dort bis dahin tatsächlich alle freien Stellen besetzt sein würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass so verfahren werden könne.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, dass Titel 11934 – Rückzahlungen überzahlter Beträge – zurückgestellt werden möge zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei so vermerkt.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt zu Titel 52610 – Gutachten –, Teilansatz 2, Evaluation des PEP, die Frage, ob es hier Möglichkeiten der Anpassung der Mittel für die Bezirke gebe, wenn die Evaluation entsprechende Ergebnisse zeige.

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde zum PEP noch schriftliche Fragen einreichen. – Bei Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten – sei Teilansatz 4, Externe Unterstützung bei Vergabe-, Vertrags- und verwaltungsrechtlichen IT-Verfahren, sehr hoch. Was verberge sich dahinter?

Frank-Christian Hansel (AfD) erkundigt sich, wie der Sachstand bei Titel 52601, Teilansatz 3, Klageverfahren infolge der Covid-19-Pandemie, sei.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet auf die Frage zu Titel 52601, Teilansatz 4, man befinde sich in der Diskussion, welche Fachverfahren und IT-Dienstleistungen aus einem zentralen Einzelplan – bisher Einzelplan 25 – Landesweite Maßnahmen des E-Governments – geleistet werden sollten und für welche nun angesichts des dritten Nachtrags Haushalts, der auf alle IT-Mittel eine „leicht verheerende“ Wirkung gehabt habe, Vorsorge getroffen werden müsse. Dementsprechend habe ihr Haus auch eine Vorsorge getroffen. Es gebe Fachverfahren rund um das Themenfeld Gesundheit, die sich nicht in einem zentralen Kapitel darstellen ließen. Seit 2019 gebe es eine Zusammenarbeit und einen regen Austausch mit dem ITDZ in Bezug auf die Frage, ob und wie Fachverfahren mit begleitet werden könnten. Die Möglichkeiten, Fachverfahren über das ITDZ abzubilden, seien allerdings begrenzt. Dies sei insbesondere im Bereich der Gesundheitsberichterstattung der Fall. Etwa die Einschulungsdaten seien ein gutes Beispiel dafür, dass die Fachverwaltung eine eigene Lösung finden müsse für etwas, wobei man sich vom Rahmenvertragspartner des Landes Berlin eine größere Unterstützung auch zeitlicher Natur gewünscht hätte. Insofern bestehe für ihr Haus die Notwendigkeit, eine entsprechende Vorsorge zu treffen, damit man die eigenen Fachverfahren schnell, effizient, aber gegebenenfalls auch extern abbilden könne. Bei dem Ansatz handle es sich um einen Schätzwert. Für das Jahr 2025 sei dies noch nicht vorgesehen, weil es bis dahin über den entsprechenden Vertrag habe dargestellt werden können.

Zu Teilansatz 3: Man sei, was sowohl die juristische als auch in Teilen die abrechnungstechnische Aufarbeitung der Coronapandemie angehe, noch nicht am Ende. Deshalb habe SenWGP zum 1. Januar 2025 eine eigene Stabsstelle gegründet, die sich um den Themenbereich

Coronafolgen, -abwicklung, -darstellung und um die Verwaltungsreform kümmere. Man habe noch sehr viele Restanten, die teilweise viele Jahre später bearbeitet würden. Es sei immer wieder erstaunlich, welche Fragestellungen sich teilweise in den Akten auftäten, während die zuständigen Mitarbeitenden häufig nicht mehr im Haus tätig seien. Der temporäre Krisenstab habe insgesamt circa 3 000 Mitarbeitende umfasst. Dies stelle für SenWGP also weiterhin eine besondere Herausforderung dar. Dementsprechend handle es sich hier um eine Vorsorge für in Teilen angekündigte bzw. schon erfolgte Klageverfahren.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bekundet, sie habe Fragen zu mehreren Teilansätzen. Zu Teilansatz 5: Wie werde das Landeskonzept Sucht und Drogen mit den dann deutlich reduzierten Mitteln weiter umgesetzt werden? – Zu Teilansatz 8, Maßnahmen zur Begleitung Fast Track City Initiative zur Beendigung von Aids und Öffentlichkeitskampagne: Auch hier sei ihre große Sorge, wie sich diese Reduzierung auf die Maßnahme auswirken werde. – Zu Teilansatz 21, Nationaler Aktionsplan zur Masern-Röteln-Elimination: Hier seien die Mittel auf null gesetzt, obwohl die Zahl der Masernfälle deutlich ansteige. 2020 seien es 70 Fälle gewesen, 2024 750. Wie werde hier weiter vorgegangen, wenn keine Mittel mehr zur Verfügung stünden? – Zu Teilansatz 25, Qualitätsüberprüfungen zur Krankenhausplanung, hätte ihre Fraktion gern schriftlich das Konzept der Qualitätsprüfungen.

Staatssekretärin Ellen Haubdörfer (SenWGP) erklärt vorab, wenn sich an einzelnen Stellen ein höherer Bedarf einstellen werde, werde man darauf entsprechend reagieren. – Zu Teilansatz 5: Das Landeskonzept Drogen und Sucht liege seit gut eineinhalb Jahren vor. Aus den Empfehlungen heraus müssten natürlich weitere Ableitungen getroffen werden, woran man weiterhin arbeite. Insofern sei dies sozusagen ein reduzierter Ansatz, um auf einzelne Teilaspekte weiter einzugehen und sie weiterzuentwickeln.

Zu Teilansatz 8: Hier sei vor allem die Einrichtung der Geschäftsstelle umgesetzt worden. Der Ansatz sei nicht aufgrund fachlicher Diskussionen reduziert worden, sondern hier sei einerseits auf den Mittelabruf und die entsprechende Nutzbarkeit reagiert worden, andererseits habe man auf das begrenzte Budget Rücksicht nehmen müssen. Insofern hätte dieser Teilansatz aus fachpolitischer Sicht sicherlich noch mehr verdient, um die Kampagnen der Öffentlichkeitsarbeit, aber auch die Arbeit der Geschäftsstelle weiterhin gut auszustatten und die Maßnahmen auszurollen. Dies sei aber angesichts des Budgets nicht möglich gewesen.

Zu Teilansatz 21: Der öffentliche Dienst sei bei der Durchimpfung nicht nur gegen Masern und Röteln, sondern gegen diverse Krankheiten von Bedeutung. Die Implikationen, die notwendig gewesen seien, um in früheren Jahren diese Kampagne durchzusetzen, beispielsweise durch die Überprüfung von Impfnachweisen für Kita- und Schulbesuch, seien nun zum Tragen gekommen. Weitere Unterstützung sei durch die entsprechenden Akteure oder in den Gremien zu leisten.

Zu Teilansatz 25: Den geforderten Bericht liefere ihr Haus gern. Es sei wichtig darzustellen, warum man jetzt diese Prüfung vornehme. Die Leistungsgruppen, die auf der Bundesebene dazu führten, dass die Krankenhausträger erklärten, welche Leistungen sie im Rahmen der Krankenhausreform an den jeweiligen Standorten ausführen könnten, müssten überprüft werden. Dafür habe der Bund den Medizinischen Dienst vorgesehen. Diesen müsse allerdings das

Land bezahlen. Man sei dazu auch mit Brandenburg im Gespräch. Die Vorsorge beruhe auf Schätzwerten. Man gehe davon aus, dass diese ausreiche, wenn man aufgrund der bundesgesetzlichen Regelung die Beauftragung an den Medizinischen Dienst werde ausführen können. Hierzu erwarte man die Rechtsetzung des Bundesgesundheitsministeriums. Der Zeitplan sei sehr eng gestrickt. Diesen könne ihr Haus gern in dem Bericht mitliefern.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet darum, dass die Senatorin das Konzept zu Teilsatz 14, Welcome-Baby-Bag, erläutern möge. Wer sei berechtigt? Mit wie vielen Berechtigten rechne SenWGP? Gebe es einen Träger für die Abwicklung?

Staatssekretärin Ellen Haubdörfer (SenWGP) antwortet, der Vertrag mit Evas Arche e. V., der die Welcome-Baby-Bags mit konzipiert habe, habe in der Vergangenheit für Diskussionen gesorgt. Man habe das Konzept gemeinsam mit den Babylotsinnen, die die Welcome-Baby-Bags in den Geburtskliniken mit überreichen könnten, umgesetzt. Es handle sich um ein Projekt, das auch dem Kinderschutz und dem Kindeswohl diene und im Rahmen der Frühen Hilfen früher von SenBJF unterstützt worden sei. Die Welcome-Baby-Bags enthielten – analog zu den Babyboxen in Finnland, die jede Familie unabhängig vom Einkommen erhalte – eine Erstausrüstung. Nicht alle Familien hätten die Möglichkeit, eine solche selbst zu besorgen. Wenn deutlich werde, dass eine Frau Bedarf habe, werde ihr diese niedrigschwellig und verbunden mit der entsprechenden Beratung durch die Babylotsinnen zur Verfügung gestellt. Ihr Haus halte das Projekt der Babylotsinnen für sehr wichtig und unterstützend. Die Welcome-Baby-Bags funktionierten unabhängig von den Babylotsinnen, aber am besten funktioniere beides zusammen.

Titel 68268 – Zuschuss an Einrichtungen des Maßregelvollzugs –

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, dass ihre Fraktion hierzu noch schriftlich Fragen einreichen werde. Könne die Senatorin schon einmal mündlich erläutern, wie sich der Aufwuchs zusammensetze und wie der Stellenaufwuchs umgesetzt werden solle?

Staatssekretärin Ellen Haubdörfer (SenWGP) unterstreicht, das Krankenhaus des Maßregelvollzugs sei von besonderer Bedeutung für das Land Berlin. Man komme nun in eine Phase, in der die Maßnahmen, die man seit mindestens zwei Jahren ausrolle, in die Realisierung kämen. Ihr Haus gehe davon aus, dass man im Oktober oder November 2025 den Standort Kirchhainer Damm beziehen können. Hierbei handle es sich um eine gemeinsame Nutzung mit SenInnSport. Dies bedeute aber auch, dass man hier mehr Personal benötige, und im Prinzip auch, wenn es weitere Liegenschaften und Kooperationen geben werde. Dieses Personal müsse auch bezahlt werden. Man werbe derzeit intensiv um Personal und könne das benötigte Schritt für Schritt gewinnen. Daneben stiegen die Kosten für Sanierungen. Da das Krankenhaus bei laufendem Betrieb saniert werden müsse, sei dies ein längerer Prozess. Die Zahlen seien die Prognose, die anhand der gestiegenen Zahl von Patientinnen und Patienten in den letzten Jahren und der gestiegenen Sanierungs- und Investitionsbedarfen erstellt worden sei. Wie lange eine Patientin oder ein Patient in dem Krankenhaus bleibe, liege jeweils an der individuellen Behandlung. Ihr Haus sei froh, wenn es gelinge, mit dem Standort Kirchhainer Damm für den Moment für eine bessere Betreuung zu sorgen. Man habe Vorsorge für den Fall getroffen, dass die Umsetzung besser voranschreiten werde als erwartet.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt zu Teilansatz 22 die Frage, warum die Suizidprävention entfalle. – Zu Teilansatz 26 interessiere ihn, ob die Anlaufstelle für Betroffene von Long bzw. Post-Covid und Post-Vac inzwischen aufgebaut sei und ob sie von der Charité weiterfinanziert werde.

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde hierzu schriftliche Fragen einreichen.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) legt dar, das Themenfeld Suizidprävention finde sich zumindest in der jetzigen Planung im Rahmen des IGP wieder und sei dementsprechend aus dem Zuwendungstitel herausgenommen worden. Bei Teilansatz 26 handle es sich um die Zuwendungen im Themenfeld Long bzw. Post-Covid und Post-Vac. Diese befänden sich derzeit ebenfalls in der Planung für das IGP. Es handle sich nicht um den Zuschussbetrag an die Charité, den man auch hier im Hauptausschuss besprochen habe und für die Besserfinanzierung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen habe nutzen können. Beide Themenbereiche fänden sich also nach derzeitiger Planung im IGP wieder.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erkundigt sich, ob dies auch auf Teilansatz 27 zutreffe.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) verneint dies. Dieser Teilansatz sei auf null gesetzt worden, weil die Kofinanzierung des Bundes mit dem letzten Jahr ausgelaufen sei. Berlin könne nicht die Mittel aufbringen, um die Ansätze aufrechtzuerhalten. Insofern sehe man keine Perspektiven, das Programm weiterzuführen, was ihr Haus sehr schade finde.

Titel 68410 – Partizipationsmaßnahmen –

Silke Gebel (GRÜNE) mutmaßt, hier sei es wahrscheinlich analog zu demselben Titel in Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Hochschulen – so, dass die Maßnahmen, wenn es hierzu Programme gebe, darüber finanziert würden.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) bestätigt dies.

Titel 68431 – Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden –

Silke Gebel (GRÜNE) sagt, hierzu werde ihre Fraktion noch Fragen stellen. Offenbar sei der Grundgedanke, dass SenWGP eine Fünfjahresfinanzierung des IGP plane und vorhabe, Projekte, die im Doppelhaushalt sonst als Zuwendungen enthalten gewesen seien, in das IGP zu schieben. Es wäre interessant zu erfahren, wie SenFin auf diesen Fünfjahresplan schaue.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt fest, der Titel sei tatsächlich auffällig angesichts dessen, was noch alles stattfinden solle. Es kämen zusätzliche Aufgaben hinzu. Dies liege jetzt schon deutlich über dem Ansatz für 2026 und 2027. – Zum Thema Drogenkonsumräume habe es für 2024 und 2025 noch eine verbindliche Erläuterung gegeben, dass hierfür 7 Mio. Euro vorgesehen seien. Diese fehle nun. Habe SenWGP Erkenntnisse darüber, wie viel Geld für Drogenkonsumräume zur Verfügung gestellt worden sei und wie diese Aufgabe in den kommenden beiden Jahren abgedeckt sein werde?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, ihr Haus befinde sich in gutem Einvernehmen mit SenFin, die neben SenASGIVA ebenfalls im Lenkungsgremium zu den Rahmenvertragsverhandlungen vertreten sei. Für SenFin sei wichtig, dass die entsprechenden Verpflichtungsgrundlagen vorhanden seien. Es sei aber nicht die Aufgabe von SenFin, über einzelne Projekte zu entscheiden. Es unterliege der fachlichen Steuerung von SenWGP, diese zu koordinieren und in die Besprechungsgrundlage einzubringen. Alle drei beteiligten Verwaltungen hätten ein Interesse daran, die soziale Sicherung dauerhaft vornehmen zu können.

Man habe sich bei der Herausnahme des Handlungsfelds Pflege-, Hospiz- und Palliativstrukturen etwas gedacht. Der Ansatz werde dadurch ohnehin niedriger sein als vorher. Im ursprünglichen IGPP habe man auch Projekte gefördert, die dem Grunde als auch der Höhe nach eine Sicherung beinhalteten hätten. Man werde im Rahmen der Verwaltungsreform und der Haushaltsberatungen überlegen, ob ein kleines integriertes Pflegeprogramm in Kapitel 0930 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Pflege – eine Möglichkeit wäre, dieser Fragestellung gerecht zu werden. Insbesondere die inhaltliche Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte, die einen Großteil dieses Handlungsfelds ausgemacht hätten, stehe rechtlich auf einer anderen Grundlage. In diesem Kapitel wolle man innovative Träger und Projekte fördern, die auch außerhalb der Wohlfahrtsverbände tätig seien. Hier sehe man mit der Erarbeitung eines Landespflegegesetzes in Analyse des Landespflegeplans und mit der Umsetzung des Altenhilfestrukturegesetzes die entsprechenden Grundlagen, um Neuerungen und Innovationen zu fördern. Nach der Herauslösung der Pflege sei das IGP jetzt ein integriertes Gesundheitsprogramm. Es gehe darum, das Gesamtvolumen abzusichern. Dies sei zumindest für diesen Fünfjahresvertrag durch VE gelungen.

Bezüglich der Drogenkonsumräume sei geplant, die Größenordnung der bisherigen Förderung aufrechtzuerhalten. Hierfür habe man die entsprechenden Personal- und Mietausgaben und Sachkosten abbilden können. Man stelle aber immer wieder fest, dass sowohl die Räumlichkeiten als auch Unterstützungsmaßnahmen wie Drogenkonsummobile schwierig zu beschaffen seien. Ein solches Fahrzeug müsse eigens angefertigt werden und benötige beispielsweise auch einen gesicherten Parkplatz. Ihr Haus wolle allen Akteurinnen und Akteuren in diesem Themenfeld danken, die sich dieser Aufgabe widmeten. Dadurch könne man flexibel auf die entsprechenden Bedarfe reagieren. Die Kosten würden in einem schriftlichen Bericht mitgeliefert werden.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) kündigt an, dann werde ihre Fraktion die Frage auch noch einmal schriftlich einreichen. – In welcher Größenordnung seien die Hospiz- und Palliativleistungen bisher enthalten gewesen? Wo würden sie sich perspektivisch wiederfinden?

Frank-Christian Hansel (AfD) merkt an, die von ihm unter Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – angesprochenen Themenbereiche Suizidprävention und Anlaufstellen für Betroffene von Long bzw. Post-Covid und Post-Vac seien hier nicht wahrnehmbar ausgewiesen. Er bitte um Erläuterung, welche Teilansätze dem entsprächen.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, das Handlungsfeld Hospiz- und Palliativversorgung befinde sich in Kapitel 0930 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Pflege –. – Das IGP habe von vornherein keine Ausführung auf einzelne Träger. Diese stellten jährlich die entsprechenden Anträge, und das Kooperationsgremium auf Arbeitsebene und das Lenkungsgremium trafen die Entscheidungen. Die genannten Pro-

jekte seien im IGP verortet, sie würden aber textlich nicht einzeln aufgeführt. Es sei Sache eines Rahmenvertrags, die entsprechenden Verhandlungen zu führen. Es werde nach Antragslage der Träger beschieden.

Titel 68487 – Zuschüsse an Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz –

Silke Gebel (GRÜNE) begrüßt, dass hier eine hohe Finanzierung vorliege. Was sei der Grund dafür, dass der Ansatz für 2026 unter dem für 2025 liege, aber der für 2027 wieder höher sei?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) legt dar, dieser Titel sei Teil des dritten Nachtragshaushalts gewesen, in dem hier 1 Mio. Euro eingespart worden sei. Im Einzelplan sei der ursprüngliche Ansatz 2025 dargestellt. Es sei auch mit Hilfe des Parlaments gelungen, die Weiterausstattung im Vergleich dazu zunächst etwas zu reduzieren, aber dann wieder aufzustocken. Sie gehe davon aus, dass mit diesen Haushaltsansätzen die Versorgung sichergestellt werden könne.

Titel 68550 – Zuschuss an die Charité für gesundheitliche Aufgaben –

Frank-Christian Hansel (AfD) weist darauf hin, dass auch hier der ursprüngliche Betrag von 1 Mio. Euro für die ME/CFS- bzw. Long-Covid-Ambulanz der Charité gestrichen worden sei. Wie sei hier der Kontext?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erläutert, in Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – seien Zuwendungen in Höhe von 1 Mio. Euro etatisiert gewesen. Unter Trägervermittlung hätten sich die SEKIS und die Landesvereinigung Selbsthilfe dazu entschieden, eine solche Beratungsstruktur aufzubauen. Sie bestehe an drei Orten, unter anderem in Mitte und Lichtenberg, und es sei um den Aufbau zusätzlicher digitaler Beratungsangebote gegangen. Dieses Projekt befinde sich im IGP, allerdings nicht in Höhe von 1 Mio. Euro, weil es sich gezeigt habe, dass es hierfür Limitationen gebe. Zugleich habe das Abgeordnetenhaus im dritten Nachtragshaushalt 1 Mio. Euro in Titel 68550 als Zuschuss für die Charité eingestellt. Man habe sich bemüht, mit Frau Prof. Scheibenbogen, die die Hochschulambulanz leite, in den Abschluss der Mittel zu kommen. Dies habe sich an verschiedenen Punkten schwierig gestaltet. Das Land Berlin dürfe weder selbst Versorgung durchführen noch die direkte Forschung ermöglichen. Die Mittel seien an dieser Stelle nicht ausgebar gewesen, aber es sei gelungen, sie im Jahr 2025 zweckgemäß einzusetzen. Daraufhin habe man keine Neuanmeldung für den Haushalt vornehmen wollen, um kein Geld anzumelden, das man nicht ausgeben könne. Deshalb habe man sich entschieden, diesen Titel nicht wieder anzumelden.

**Titel 89185 – KMV, Erneuerung der Frischwasser- und Hydrantenleitungen,
Olbendorfer Weg 70 –**

in Verbindung mit

Titel 89186 – KMV, Sanierung des Hauses 5, Olbendorfer Weg 70 –

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, wie der Sanierungsfahrplan aussehe und ob auf der Suche nach einer Ausweichimmobilie schon Erfolge zu vermelden seien.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) berichtet, die Strangsanierung, aber auch die Unterbringung in teilweise denkmalgeschützten Gebäuden sorgten für besondere Herausforderungen, auch was die ausführenden Firmen betreffe. Entsprechend müsse man auch die Folgekosten dieser Baumaßnahmen abbilden. Es gebe weiterhin Gespräche darüber, das Aufkommen an Patientinnen und Patienten im KMV durch zwei Wege zu adressieren. Einer sei der Zufluss. Hierzu sei man im regelmäßigen Austausch mit SenJustV. Andererseits gehe es darum, entsprechende Immobilien und Träger zu finden, die das abfließende System darstellen. Hier gebe es Gespräche beispielsweise mit Vivantes. Im Rahmen der Krankenhausreform könnten eventuell unternutzte Gebäudeteile oder neue Immobilien herangezogen werden. Auch beim Standort Kirchhainer Damm handle es sich um eine nicht genutzte Immobilie von SenJustV. Ihr Haus bezahle die Sanierungsmaßnahmen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, dass die gesamte Maßnahmengruppe 03 zurückgestellt werden möge zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei so vermerkt.

**Titel 89102 – Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für
Gesundheit GmbH –**

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde hierzu noch schriftliche Fragen einreichen.

Titel 89204 – Zuschlag zur Investitionspauschale –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt fest, es handle sich um einen neuen Titel. Nach welchen Prinzipien solle dieser Zuschlag den einzelnen Krankenhäusern gewährt werden? Warum werde dies nicht über die bereits bestehenden Titel ausgereicht?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) schickt voraus, ihr Haus beantworte dies gern schriftlich. Im Rahmen der Krankenhausreform gebe es keine psychiatrischen Leistungsgruppen. Der Themenkomplex Psychiatrie werde daher durch die Krankenhausreform nicht so tangiert, dass beispielsweise Mittel für Sanierung oder Neubau über den Transformationsfonds ermöglicht würden. In der psychiatrischen Versorgung, hier der Pflichtversorgung, müsse man also eine Vorsorge treffen. Die Mittel in diesem Titel seien eingestellt, um für die Bedarfe, die nicht über Veränderungsbedarfe zur Sicherstellung der psychiatrischen Pflichtversorgung dargelegt werden könnten, über andere Wege die entsprechende Grundlage zu schaffen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) konstatiert, insbesondere bei den Teilansätzen 1 und 2 sei eine deutliche Erhöhung der Ansätze festzustellen. Was verberge sich dahinter? – Zu Teilansatz 8: Was solle diese Software bringen? Hier sei einiges offen.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, die Erhöhung in den Teilansätzen 1 und 2 unterliege den gleichen Prämissen, wie sie es bereits beispielsweise für Kapitel 0900 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Politisch-Administrativer Bereich und Service – mitgeteilt habe. Es handle sich um Leistungen, die früher in anderen Einzelplänen mit verortet worden seien bzw. bei denen der laufende Betrieb auf SenWGP übergegangen sei. Hintergrund sei, dass bestimmte Leistungen nicht mehr zentral erbracht, sondern in den jeweiligen Fachkapiteln dargestellt würden. Hier gehe es um die entsprechenden Betriebskosten für die verfahrensabhängige IKT im Politikfeld Gesundheit. Analoges werde man auch in anderen Kapiteln finden.

Zu Teilansatz 8: Der Themenbereich Krankenhausplanungssoftware sei hier deshalb erstmalig mit aufgeführt, weil aufgrund der Spezifikation des Bundes, in der die Fallzahlen auf die Leistungsgruppen gruppiert würden, von den Ländern eine Fachsoftware bereitgestellt werden müsse. Berlin werde hier aber nichts völlig Neues erwerben, sondern sich mit anderen Ländern zusammentun, um zu einem gemeinsamen Nutzen zu kommen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bemerkt, aus ihrer Sicht sei dies ein klassischer Fall von Konnexität: Der Bund bestelle, und das Land bezahle. Sie wünsche von SenFin zu erfahren, ob es hierzu Verhandlungsschritte vonseiten des Landes gebe.

Staatssekretärin Tanja Mildenerger (SenFin) legt dar, dieser Veranlassungszusammenhang habe erst 2025 Eingang in den Koalitionsvertrag des Bundes gefunden. Die MPK habe sich mit dem Bundeskanzler darauf verständigt, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden solle, die diesen für den Bund neuen Veranlassungszusammenhang weiter betrachten und ausarbeiten solle. Diese Arbeiten liefen derzeit auf Ebene der Senats- und Staatskanzleien.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) ergänzt, sie halte es darüber hinaus für absolut sinnvoll, die Krankenhausplanung datengestützt, bedarfsorientiert, revolvierend und immer anpassbar mit einer vernünftigen Software umzusetzen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bekundet, dies sei unstrittig. Systeme, die länderübergreifend miteinander kompatibel seien und gut liefen, seien von Vorteil. Ihre Fraktion werde zu diesem Punkt noch einmal schriftlich Fragen nachreichen.

Titel 52536 – Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, dass der Titel zurückgestellt werden möge zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei so vermerkt.

Kapitel 0921 – Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin –

Titel 81179 – Fahrzeuge –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erkundigt sich, wie teuer die geplante Beschaffung eines neuen Leichentransportwagens gewesen wäre. – Sie bitte darum, den Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass so verfahren werden könne.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) informiert, ihr Haus habe mit circa 120 000 Euro gerechnet. Aufgrund der Investitionsplanung für das GerMed habe man sich entschieden, die Beschaffung ein wenig nach hinten zu schieben.

Kapitel 0930 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Pflege –

Mitberaten wird:

- | | |
|---|---------------------------------|
| a) Bericht SenWGP – AL II 21 – vom 28.05.2025
Pflegekostensteigerungen
(Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung vom 02.04.2025) | 1224 C
Haupt |
| b) Bericht SenWGP – Al II 21 – vom 31.07.2025
Pflegekostensteigerungen
hier: Folgebericht
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025) | 1224 D
Haupt |

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) äußert, die Transferkostensteigerung sei ein wichtiges Thema, das die Politik massiv beschäftigen werde. Man werde schauen müssen, wie die Bezirke das Thema in den nächsten Jahren angehen würden. Sie glaube nicht, dass diese in der Lage sein würden, es mit eigenem Personal zu bespielen. Es sei wichtig, hier im Sinne der Zielvereinbarung, die man schließen wolle – was sei zentrale Steuerungsverantwortung und was dezentrale Umsetzung? –, einen guten Weg zu finden. Die Pflegekostensteigerung sei hierfür nur ein Beispiel; es gebe weitere Bereiche, die davon betroffen seien. Ihre Fraktion werde hierzu mit Sicherheit noch einmal schriftlich nachhaken.

Silke Gebel (GRÜNE) merkt an, nach ihrer Information erfolge die Einreichung des Antrags zwar digital, aber danach werde weiterhin mit PDF gearbeitet. Könne SenWGP hierzu etwas sagen? – Wann sei mit einer Personalkennzahlenermittlung zu rechnen?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) berichtet, im Rahmen der effektiven Sozialausgabensteuerung befinde man sich auf der Arbeits- und der Leitungsebene in einem Prozess, um Transparenz und Effizienz der Prozesse auf den Prüfstand zu stellen und zu schauen, an welchen Stellen insbesondere durch digitalisierte Maßnahmen eine Hilfestellung für mehr Effizienz und für die Entlastung der Mitarbeitenden in den Sozialämtern gewährleistet werden könne. Dieser Prozess müsse ein fortlaufender sein. Ihr Haus hätte sich gewünscht, dass das

Sozialhilfeportal umgesetzt worden wäre. Man erhoffe sich sehr viel von digitalisierten Maßnahmen in der Antragstellung, der Bearbeitung der Anträge und dem Prozess der Leistungsgewährung und erwarte hierdurch wirkliche Einsparpotenziale. In einem gemeinschaftlichen Projekt mit der SenASGIVA, die zusammen mit der PD hier entsprechende Reformschritte unternahme und prüfe, an welchen Stellen die Effizienz zu heben sein werde, habe man sich auf den Weg gemacht, sich weiterhin mit diesen Fragen zu beschäftigen. Es hänge viel davon ab, dass erfahrene Mitarbeitende den Wissenstransfer gewährleisteten. Einheitliche Ansprechpartnerinnen und -partner machten ebenfalls viel aus.

Donald Ilte (SenWGP) führt aus, in diesem Bereich sei sein Haus auf unterschiedlichen Ebenen sehr aktiv. So arbeite man mit der SenASGIVA zusammen, die für die Digitalisierung der Sozialämter zuständig sei. Als für das Politikfeld verantwortliche Fachverwaltung sei SenWGP für den Aspekt Hilfe zur Pflege, der ein Teil des Sozialhilfewesens sei, fachlich-inhaltlich zuständig. Im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Voraussetzungen für das Sozialhilfeportal habe man sich sehr intensiv mit den Geschäftsprozessen der Sozialämter in der Bewilligung von Leistungen der Hilfe zur Pflege befasst. Die Geschäftsprozesse seien beschrieben und stünden praktisch zur Digitalisierung bereit. Die Frage der Umsetzung dieser Erkenntnisse sei jedoch viel komplizierter als zunächst gedacht. Was die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes betreffe, könnten die Bürgerinnen und Bürger in Berlin ihre Anträge inzwischen zumindest digital stellen. Die Frage der Verwaltungstätigkeit innerhalb der Sozialämter sei das große Problem, an dem man aber intensiv arbeite, also die Frage der Umsetzung der digital eingereichten Anträge in die bestehenden Verfahren. In den Sozialämtern würden einige Fachverfahren angewandt. Das Problem sei, die Schnittstellen herzustellen und zu gewährleisten, dass hier digitale Übergänge funktionierten.

Bezüglich der Weiterentwicklung der Verwaltungstätigkeit der Sozialämter beschäftigte man sich durch die Beauftragung des Gutachtens an die PD gemeinsam mit der SenASGIVA mit der Frage, wo Möglichkeiten der Zentralisierung von Aufgaben in der Antragsbearbeitung lägen. Dies bringe natürlich Fragen der Digitalisierung mit sich, weil die Zentralisierung von Verwaltungstätigkeit hier nur durch eine kluge und gesamtstädtisch gedachte Digitalisierung möglich sei; all dies unter dem Aspekt, die Bürgerorientierung der Hilfe zur Pflege tatsächlich zu gewährleisten. Dies bedeute, die Begleitung der Antragstellenden bei der Leistungsbeantragung und dann auch bei der Leistungsgestaltung solle im Rahmen der Effektivierung der Verwaltungsprozesse stärker in den Vordergrund gerückt werden. Letztendlich solle auf diese Weise auch dafür gesorgt werden, dass die Hilfe zur Pflege stärker an den tatsächlichen Bedarfen ausgerichtet werde und in personenorientierte, sehr zielgenaue Fallgestaltung eingebunden werden könne, in der die Hilfe zur Pflege Bestandteil eines größeren Begleitungsprozesses werden könne.

Diese Vorhaben bringe man gemeinsam mit den Bezirken auf den unterschiedlichen zur Verfügung stehenden Kommunikationsstrukturen voran. Neben der Frage der Digitalisierung stelle sich jetzt auch die Frage der Verwaltungsreform, für die man in der Zusammenarbeit mit den Bezirken derzeit die Aufgaben beschreibe. Die Aufgabenbeschreibung hänge sehr eng damit zusammen, wie die Aufgaben im Bereich der Hilfe zur Pflege künftig so gestaltet werden könnten, dass zwischen Hauptverwaltung, Bezirken und dem ebenfalls für die Hilfe zur Pflege zuständigen LAGeSo einheitliche Prozesse gestaltet und die Effektivierungsmöglichkeiten von vornherein gezielt aufgegriffen und dann auch zentral gesamtstädtisch vorangebracht würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit seien die Berichte rote Nrn. 1224 C und 1224 D zur Kenntnis genommen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, dass alle 6er-Titel in diesem Kapitel zurückgestellt werden möchten zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei entsprechend so aufgenommen.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bekundet, sie bitte darum, diesen Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass so verfahren werden könne.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) konstatiert, hier seien mehrere alte Teilansätze in neue Teilansätze überführt worden. Es sei aber nicht wirklich ersichtlich, welche Teilansätze aus den Jahren 2024 und 2025 in den jetzigen Teilansätzen enthalten seien. Trotzdem werde für 2025 eine Summe angegeben. Hierzu werde ihre Fraktion eine schriftliche Frage einreichen.

Titel 63430 – Zuführungen an das Sondervermögen für den Ausbildungsfonds Pflegerberufe –

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, zu diesem Titel werde ihre Fraktion eine schriftliche Frage stellen.

Titel 68148 – Zuschüsse für einkommensorientierte Förderung –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bemerkt, aus dem Titel sei in den vergangenen Jahren noch nie Geld abgeflossen, 2025 seien aber 34 000 Euro abgeflossen. Warum würden diese Mittel erst jetzt genutzt, und warum werde ausgerechnet in dem Moment, in dem die Mittel tatsächlich einmal verwendet würden, der Ansatz radikal gekürzt?

Frank-Christian Hansel (AfD) sagt, er schließe sich der Frage seiner Vorrednerin an.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion habe sich dies auch gefragt.

Donald Ilte (SenWGP) erläutert, hierbei handle es sich um die Ermöglichung der nötigen Qualifizierung für Lehrkräfte in den Berliner Pflegeschulen, die nach dem Pflegeberufegesetz und der Schulanerkennungsverordnung über eine bestimmte Mindestqualifikation verfügen müssten. Die Angebote der hochschulischen Qualifizierung seien begrenzt und nicht bedarfsdeckend. Deshalb sei hier die Möglichkeit geschaffen worden, über diesen Ansatz personenbezogene Unterstützung für die Wahrnehmung von Studienangeboten in den privaten Hochschulen, die mit hohen Studiengebühren verbunden sei, in Anspruch zu nehmen. Dies sei tatsächlich nur in wenigen Einzelfällen in Anspruch genommen worden. Zudem werde dieser

Punkt inzwischen in der weiteren Planung der Kapazitäten für die Ausbildung von Lehrkräften so berücksichtigt, dass dieser Weg der Unterstützung nicht mehr erforderlich sein werde.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt fest, hier verhalte es sich ähnlich wie bei Titel 54010 – Dienstleistungen –. Auch hier werde ihre Fraktion eine schriftliche Frage dazu einreichen, wie sich die Verschiebung konkret darstelle.

Silke Gebel (GRÜNE) weist darauf hin, bei „Summe 2025“ seien 6,1 Mio. Euro eingetragen, versehen mit dem Hinweis, dass der Ansatz 2025 von der Summe für 2025 abweiche. Wenn man aber die dort aufgeführten Summen zusammenrechne, komme man auf 15 Mio. Euro. Was sei die richtige Summe? – Zu der Frage, wo sich die Titel, die sich verschoben hätten, wiederfänden, erbitte ihre Fraktion einen Bericht in tabellarischer Form.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Berichtsauftrag erfasst sei.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) erklärt, das, was jeweils für den vergangenen Doppelhaushalt ausgewiesen sei, sei das, was dort im Doppelhaushalt gestanden habe. Wenn man jetzt Veränderungen an einem Titel vornehme, verändere dies ja nicht rückwirkend den Doppelhaushalt 2024/2025. Es handle sich um die ursprünglichen Haushaltsansätze des Titels ohne Berücksichtigung des Nachtragshaushalts und eventueller Absenkungen.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) ergänzt, beispielsweise bei Teilansatz 8 handle es sich um die ausgeführten Pflegestützpunkte, die aus dem IGPP überführt worden seien. Ebenso habe es eine Verstärkung in Teilansatz 2 zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung gegeben. Man habe sich diesmal viel Mühe gegeben, die schriftlichen Erläuterungen zu den Teilansätzen mit darzustellen. Es gebe zum einen die Ansätze von 2024 und 2025. Im Rahmen des dritten Nachtragshaushalts sei es zu Reduzierungen gekommen. Zudem habe man Teilansätze aus einem Ansatz aus Kapitel 0920 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Gesundheit – in Kapitel 0930 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Pflege – überführt. In dem schriftlichen Bericht werde dies transparent dargestellt werden.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, ob es sich bei den unten unter „Summe 2025“ aufgeführten 6,1 Mio. Euro um den Ansatz für 2023 handle. Der Ansatz für 2025 betrage 9,4 Mio. Euro. Die zentrale Frage sei, ob es jetzt mehr oder weniger sei. Es gebe im Wesentlichen drei Zahlen mit einer Abweichung von 3 Mio. bzw. 8 Mio. Euro.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) konstatiert, unter der Tabelle finde sich die Erklärung, dass der Ansatz 2025 von der Summe für 2025 abweiche, weil teilweise andere Maßnahmen aufgeführt würden. Seine Fraktion hätte gern eine Gegenüberstellung der Maßnahmen, die im Ansatz damals berücksichtigt worden seien, und derjenigen, die jetzt hier vorkämen. Wenn man die Tabelle betrachte, werde nicht ersichtlich, was wie aufgenommen worden sei. Es werde nicht klar, was der Inhalt der Abweichungen sei. Hierzu erbitte er eine schriftliche Erklärung.

Torsten Schneider (SPD) bekundet, seine Fraktion verstehe zwar, was hier vor sich gegangen sei, wolle dies aber zum Anlass nehmen, einen generellen Berichtsauftrag zu wiederholen

und anzuschärfen, und zwar zu allen Neubeginnen und allen Umbuchungen über alle Einzelpläne hinweg. Im Interesse der Transparenz sollte dies schnell vorgelegt werden.

Steffen Zillich (LINKE) äußert, er begrüße dies und wolle den Berichtsauftrag noch um eine weitere Konkretisierung anreichern, nämlich um eine Spalte zur Umsetzung von Anlage 9 Nachtragshaushalt.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, hierzu werde ein Berichtstermin vor Beginn der zweiten Lesungen gewünscht.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) sagt, ihr Haus werde sich bemühen, dem bestmöglich nachzukommen. Sie wolle nur darauf hinweisen, dass die Zuwendungen für 2025 aufgrund der Zuwendungsbearbeitung teilweise erst 2026 feststehen würden.

Die Differenz zwischen 9,4 Mio. und 6,1 Mio. Euro für das Jahr 2025 erkläre sich dadurch, dass im Doppelhaushalt 2024/2025 mehrere Dinge zu Buche schlugen: Erstens habe der Einzelplan schon damals eine zentrale PMA in Höhe von 9 Mio. Euro enthalten. Zweitens komme für das laufende Jahr 2025 im Rahmen des dritten Nachtragshaushalts eine weitere Kürzung hinzu. Drittens seien Umbuchungen vorgenommen worden.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) erläutert, man habe versucht, aufzuräumen und unterschiedliche Dinge auseinanderzusortieren.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, ob sie es richtig verstehe, dass 9,4 Mio. Euro im Ansatz vorhanden gewesen, aber in der tatsächlichen Umsetzung nur 6,1 Mio. Euro ausgegeben worden seien. Falls ja: Bei welchen Projekten seien diese Einsparungen erfolgt? Diese Frage werde ihre Fraktion noch einmal schriftlich einreichen.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) bemerkt, es sei Teil des laufenden Geschäfts, dass beispielsweise ein Träger feststelle, dass eine Maßnahme nicht umgesetzt werden könne. Derzeit habe ein Träger im Bereich Pflege Insolvenz angemeldet, der in einem nicht unwesentlichen Umfang Zuwendungen des Landes erhalte. Eine solche Situation führe dazu, dass der vorläufige Zuwendungsbescheid des LAGeSo mehrfach angepasst werde. Ein anderer Grund könne sein, dass eine Stelle erst später als geplant besetzt werden könne. Deshalb werde auch erst 2026 feststehen, wie viel der vorgesehenen Zuwendungssumme tatsächlich verausgabt worden sei. Hier sei also nicht ein Träger im Ansatz gekürzt worden, sondern man habe in der faktischen Ausreichung der Mittel nie eine hundertprozentige Übereinstimmung zwischen Prognose und tatsächlicher Umsetzung. Eine Vereinfachung des Zuwendungsgeschehens werde bekanntlich diskutiert.

Titel 68418 – Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung –

Silke Gebel (GRÜNE) stellt fest, die verschiedenen Ansätze variierten sehr stark. Hierfür bitte sie um eine Erklärung. Ihre Fraktion werde außerdem schriftlich abfragen, wie viele Plätze darüber finanziert würden.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) antwortet, der historische Aufwuchs erkläre sich daraus, dass diese Ausbildung erst eingeführt worden sei und dann aufwachse.

Titel 89342 – Pauschalförderung nach dem Landesfördergesetz –

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde schriftlich abfragen, wie viele Kurzzeit- und Tagespflegeplätze darüber geschaffen worden seien und warum die Mittel nicht aufwüchsen.

[Unterbrechung der Sitzung von 13.23 Uhr bis 14.04 Uhr]

Kapitel 0940 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Außeruniversitäre Forschung und Charité –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenWGP – IV D 7 – vom 11.06.2025 [0396 F](#)
Baumaßnahmen mit Gesamtkosten ab 100 Mio. Haupt
Euro sowie Risikoanalyse und
Risikominimierungsmaßnahmen
hier: Museum für Naturkunde
gemäß Auflage A. 17 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25
- b) Bericht SenFin – I C 21 – vom 05.08.2025 [1217 F](#)
Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH und Haupt
Charité – Universitätsmedizin Berlin
hier: Rückführung Tochterunternehmen
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 02.06.2025)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) gibt an, ihre Frage richte sich eher an SenFin. Die Staatssekretärin sei bedauerlicherweise gerade nicht da. Möglicherweise könne aber auch die Fachverwaltung antworten. Da die Haushaltsberatungen auf Bundesebene inzwischen vorangekommen seien, interessiere sie, ob bereits etwas zu den Zuwendungen für die kommenden Jahre im Bereich der Universitätsmedizin gesagt werden könne.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) schickt voraus, er versuche, die Frage zu beantworten, wenngleich er sie eventuell noch nicht vollständig verstanden habe. – Was die Entwicklung des Zuschusses der Universitätsmedizin betreffe, sei zunächst darauf zu verweisen, dass der Charité-Vertrag neu verhandelt worden sei und sich hierbei, ähnlich wie bei den Hochschulen, eine Konsolidierung bemerkbar mache. Mit dem Senatsbeschluss gingen deutliche Kürzungen einher – das betreffe auch die Charité im Jahr 2025 –, bevor es in den kommenden Jahren wieder gewisse Aufwüchse, die geringer als ursprünglich vorgesehen ausfallen, geben werde. Den Aufwüchsen im Zuschuss stünden zudem große Steigerungen bei den Kosten gegenüber. – Er bitte seine Vorrednerin, bei Bedarf detaillierter nachzufragen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) kommt auf das Museum für Naturkunde – rote Nr. 0396 F – zu sprechen. Hier drohten Bundesmittel zu verfallen, wenn bestimmte Baumaßnahmen nicht abgeschlossen würden.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) macht geltend, dass eine etwas andere Systematik vorliege und die Mittel nicht verfallen könnten; es handele sich um einen Zubau. Grundsätzlich entwickle sich der Bau weiterhin positiv fort, sodass seine Verwaltung bei aller notwendigen Vorsicht optimistisch ob des Fortschritts sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Berichte rote Nrn. 0396 F und 1217 F damit zur Kenntnis genommen seien.

Titel 18103 – Rückflüsse von Gesellschafterdarlehen –

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, was sich hinter diesem Titel verberge.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) führt an, dass es sich um die Rückzahlungen in Bezug auf einen Darlehenskredit aus den 1980er-, 1990er-Jahren an die kommunalen Krankenhäuser handele.

**Titel 33112 – Zuweisungen des Bundes nach Art. 91 b Grundgesetz für
Forschungsbauten an Hochschulen –**

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion bitte um einen schriftlichen Bericht zum Neubau des Herzzentrums. Das beziehe sich auch auf jene Titel, die die Zuweisungen des Landes enthielten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest.

Titel 68516 – Zuschuss zur gezielten Forschungsförderung –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) will wissen, was der Wegfall der Teilansätze 1 bis 3 für die betreffenden Forschungsmaßnahmen bedeute. – Außerdem möge der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werden.

Silke Gebel (GRÜNE) schließt sich zunächst der Frage ihrer Vorrednerin an. – Was den Titel 68515 – Förderung der Vorlaufforschung in der angewandten Forschung – angehe, frage sie, welche Aufgaben bei dem Institut für angewandte Forschung – IFAF – wegfielen, wenn pro Jahr 2,4 Mio. Euro weniger zur Verfügung stünden.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erläutert mit Blick auf die Frage der Abgeordneten Dr. Schmidt, dass es sich um Vorhaben handele, die sein Haus aufgrund der Konsolidierungsmaßnahmen nicht weiterfinanzieren könne. Hier müssten andere Lösungen gefunden werden.

Das IFAF, bekanntermaßen der Zusammenschluss der staatlichen Hochschulen für angewandte Wissenschaften zum Zwecke sowohl der Forschungs- als auch der Transferförderung, befinde sich angesichts der seit vielen Jahren geführten Struktur- und Strategiedebatte in einer komplexen Lage. Seine Verwaltung sei mit jenen Hochschulen im Gespräch und werde weiterhin Mittel zur Verfügung stellen, die noch deutlicher in die Förderung von Forschung fließen sollten. In diesem Kontext erinnere er an Diskussionen im Ausschuss über die dauerhafte Finanzierung einer Geschäftsstelle und die Frage, ob etwas, was mehr als ein Jahrzehnt währe, noch ein Projekt sei. – Grundsätzlich hätte sein Haus gern noch mehr getan, doch sei die aktuelle Zeit eine der Haushaltskonsolidierung. Darüber hinaus bitte er zu berücksichtigen, dass die Hochschulen für angewandte Wissenschaften gerade das Promotionsrecht erhalten hätten und die ersten Promotionszentren genehmigt worden seien. Insgesamt sei von einer Stärkung der Forschung an jenen Hochschulen zu sprechen. Das IFAF bleibe ein wichtiger Baustein.

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, dass ihre Fraktion schriftlich Fragen nachreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest.

Titel 68517 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an Hochschulen –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Klärung, ob es sich um die Mittel handele, die für die Charité vorgesehen seien.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) bestätigt, dass Charité-Projekte – und das NCT-Projekt – darin enthalten seien. Es sei die Abbildung, von der zuvor die Rede gewesen sei.

Titel 83131 – Kapitalzuführung an die Charité - Universitätsmedizin Berlin –

Silke Gebel (GRÜNE) gibt zu verstehen, dass die weitere Finanzierung künftiger Projekte der Charité unklar sei. In der Hochschulbaugesellschaft seien diese zumindest nicht unter den Pilotprojekten. Es habe einmal die Idee bestanden, dass neue Projekte der Charité über eine eigene Hochschulbaugesellschaft finanziert würden. Verfolge der Senat derartige Planungen?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) betont, dass die Berliner Hochschulbaugesellschaft den Planungen nach auf die elf staatlichen Hochschulen begrenzt sei. Senatsintern werde allerdings diskutiert, ob es mittel- bis langfristig nicht sinnvoll sei, den gesamten Wissenschaftsbau in Berlin dort zu integrieren. Das bedeute, perspektivisch könne darüber nachgedacht werden, das nicht nur für die Charité, sondern auch für die außeruniversitären Forschungsinstitute zu tun. Derzeit sei die Charité nicht Teil dieses Lösungsansatzes, da sie anders funktioniere als die staatlichen Hochschulen. Alle rechtlichen und finanziellen Aspekte wären diesbezüglich noch einmal anders zu betrachten. Daher werde es hinsichtlich der Charité möglicherweise ähnliche Lösungswege geben, die jedoch zunächst unabhängig von dem Konstrukt der Hochschulbaugesellschaft betrachtet werden müssten, da Letzteres andernfalls überlagert und überfrachtet würde.

Silke Gebel (GRÜNE) erwidert, das sei nicht ihre Frage gewesen. Sie wolle wissen, ob Pläne bestünden, eine Kreditfinanzierung des Investitionsbedarfs der Charité voranzubringen. Wenn ja, wie, wenn nein, warum nicht?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) sagt, ihr Staatssekretär habe angedeutet, dass die Charité finanziell völlig anders funktioniere. Sie sei im Integrationsmodell sowohl eine Fakultät als auch ein Krankenhausbetrieb. Insofern verdiene sie in erheblichem Ausmaß selbst Geld. – Im Rahmen des Berliner Universitätsmedizingesetzes werde nicht zuletzt darüber diskutiert, dass man in einem leistbaren Ausmaß die Charité kreditfähig ausgestalten könne. Aufgrund der Tatsache, dass sie einen Betrieb habe und bilanzieren, bedürfe es keiner eigenen Gesellschaft.

Titel 89434 – Zuschuss an "Charité-Universitätsmedizin Berlin" für Investitionen –

Silke Gebel (GRÜNE) schildert, dass der Charité laut Hochschulvertrag Mittel für Investitionen in Höhe von jährlich 39,9 Mio. Euro bereitzustellen seien. In den Ansätzen für 2026 und 2027 fehlten jedoch jeweils 10 Mio. Euro. – Könne der Senat dazu etwas sagen?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) gibt an, das geschehe in Umsetzung der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen.

Titel 89461 – Zuschuss an das Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung (MfN) zur Herrichtung des Nordflügels und Campus MfN –

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, ob die in den Erläuterungen zum Titel genannte Summe von 21,6 Mio. Euro eine Erhöhung des Bundesanteils darstelle und wie die Finanzierung hier im Verhältnis zur Finanzierung aus dem Sondervermögen stehe. Mit dem Ziel, einen Gesamtüberblick zu erlangen, bitte ihre Fraktion um einen schriftlichen Bericht. Eventuell könne mündlich bereits die Frage beantwortet werden, warum an dieser Stelle der höhere Baupreisindex genutzt werde.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) bemerkt, wenn sie richtig informiert sei, handele es sich bei der Sache mit dem Baupreisindex um eine Vorgabe des Abgeordnetenhauses. Konkret werde gefordert, stets Baumaßnahmen mit einem vorgegebenen Baupreisindex entsprechend in die Zukunft hochzurechnen.

Kapitel 0991 – Sekretariat der Kultusministerkonferenz –

Keine Zurückstellung.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2709 – Aufwendungen der Bezirke – Wissenschaft, Gesundheit und Pflege –

Keine Zurückstellung.

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten –

Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes –

Maßnahmegruppe 09 – Infrastrukturinvestitionen der SV Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet zunächst darum, dass die gesamte Maßnahmegruppe zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. – Mit Blick auf den Titel 89461 – Zuschuss an das Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung zur Sanierung und Erweiterung des Museums für Naturkunde (Zukunftsplan) – interessiere sie, warum in der Maßnahmegruppe 09 des Sondervermögens des Bundes mehr Geld für die Kofinanzierung weiterer Bundesmittel vorgesehen sei als für den Krankenhaustransformationsfonds der Krankenhäuser. Sei mit dem Bund geklärt, ob die Kofinanzierung von Bundesmitteln mit Bundesmitteln in Ordnung gehe?

Silke Gebel (GRÜNE) legt dar, dass ihre Fraktion zum Krankenhaustransformationsfonds noch schriftlich Fragen nachreichen werde. – Sie begrüßte es, wenn SenFin Angaben dazu machen könnte, wie die angesprochene Doppelung mit Blick auf die Bundesmittel gehandhabt werde. – Ferner bestehe mit Blick auf die Kofinanzierung des Bundes in Höhe von 2,30 Euro pro Euro, den das Land einsetze, die Sorge, dass, wenn Berlin nur 5 Mio. Euro und 10 Mio. Euro im ersten Jahr einsetze, gleichsam Geld liegen bleibe. Was hätten die Gespräche mit dem Bund hinsichtlich der Frage ergeben, ob die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 958 Mio. Euro ausreichen, um die gesamten Mittel aus dem Transformationsfonds zu hebeln, oder ob in den Jahresscheiben nicht mehr Geld einzustellen sei?

Auf die vorherige Aussage der SenWGP zurückkommend, wonach Klimaschutzmaßnahmen angemeldet worden seien, dann aber nichts gekommen sei, mache sie darauf aufmerksam, dass die Senatsverwaltung das Sondervermögen des Bundes hätte nutzen können, um das im letzten Jahr herausgestrichene und für das Klimasondervermögen vorgesehene „Green Hospital“-Programm wieder mit aufzunehmen. Demgegenüber seien keinerlei Klimaschutzmaßnahmen eingestellt worden. Möglicherweise könne SenWGP dazu Stellung nehmen. – An SenFin richte sie die Frage, ob diese tatsächlich darum gebeten habe, von Klimaschutzmaßnahmen Abstand zu nehmen. Oder sei das die Priorität der Fachverwaltung gewesen?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) stellt heraus, dass jede durchgeführte Maßnahme – an der Charité, im Hochschulbau, an den Krankenhäusern – auch eine Klimaschutzmaßnahme sei, da es immer darum gehe, so viel CO₂ wie möglich – das Gesundheitswesen trage nach den ihr vorliegenden Zahlen zu 12 Prozent zum gesamten CO₂-Ausstoß bei – einzusparen, die Energiekosten zu senken und energetisch zu sanieren. Das liege nicht zuletzt im finanziellen Interesse.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) teilt in Beantwortung der Frage von Frau Dr. Schmidt zum Museum für Naturkunde mit, dass es sich um Landesanteile des Sondervermögens handele, die hier, wenn er es richtig verstanden habe, so genutzt würden. Insofern sei das mit dem Bund geklärt; die antizipierte Problematik ergebe sich aus seiner Sicht nicht.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die erste Lesung des Einzelplans 09 – Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – und der sonst noch damit in Verbindung stehenden Kapitel damit beendet sei.

Einzelplan 11 – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung –

Sebastian Walter (GRÜNE) bemerkt eingangs, dass seine Fraktion schriftliche Berichtsaufträge auslösen werde, die SenASGIVA schon aus dem Fachausschuss kenne. Hintergrund sei, dass die Berichte an den Fachausschuss nicht automatisch in der zweiten Lesung im Hauptausschuss zur Sprache kämen. Da die Antworten der Senatsverwaltung auf die betreffenden Fragen wohl identisch seien, bedeute das jedoch keine Mehrarbeit.

Ferner wolle er die Gelegenheit nutzen, um anzukündigen, dass seine Fraktion zwei einzelplanübergreifende Fragen, die auch, aber nicht nur SenASGIVA betreffen, einreichen werde: zum einen zu Mitteln und Projekten u. a. zur Umsetzung der Initiative „Berlin tritt ein für

Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ – IGSV – und zum Diversity-Landesprogramm, zum anderen zu dem Landesdemokratiefördergesetz.

Mündlich wolle er an dieser Stelle erfragen, ob Planungen bestünden, die Eigenanteilsfinanzierung, die momentan bei der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung vorhanden sei, auszuweiten auf die anderen Zuwendungsbereiche, insbesondere Gleichstellung. Vor dem Hintergrund von Ankündigungen, dass die Höhe des Eigenanteils – seiner Erinnerung nach 2 Prozent – möglicherweise steige, frage er zudem, inwiefern solche Planungen für den neuen Doppelhaushalt existierten.

André Schulze (GRÜNE) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Frage der Veranschlagung der Fluchtkosten, die gleichsam über dem Einzelplan schwebt. In Kapitel 1171 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylberwerberinnen/Asylbewerber – und in Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Berliner Unterbringungsleitstelle – seien die Ansätze, soweit er erkennen könne, lediglich fortgeschrieben worden, lägen damit aber insgesamt um mehrere 100 Mio. Euro unter den im Jahr 2024 entstandenen Kosten. Überdies lägen die Ist-Werte 2025 zur Jahresmitte bereits oberhalb der vorgesehenen Ansätze. Allgemein lasse sich über den Einzelplan hinweg eine gewisse Uneinheitlichkeit feststellen. So werde im die Integration betreffenden Kapitel von sinkenden Bedarfen im Bereich Flucht gesprochen. Insgesamt habe er nicht verstanden, wie SenASGIVA zu den aus seiner Sicht vollkommen unrealistischen Ansätzen bei Unterbringung, Miete usw. gekommen sei und wie die Gesamtannahmen seien, die dem Einzelplan zugrunde lägen. Er bitte um nähere Angaben, wie es zu der Veranschlagung gekommen sei und warum die aufgeführten Werte aus Sicht von SenASGIVA realistisch seien. Der Einzelplan lese sich so, als ob es in Kapitel 2931 – Landesweite Maßnahmen im Zusammenhang mit Flucht – noch Verstärkungsmittel gäbe, die es aber nicht mehr gebe.

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, er schließe sich den bereits gestellten einzelplanübergreifenden Fragen an. – Seiner Fraktion sei aufgefallen, dass die Personalansätze an vielen Stellen nicht zum Stellenplan passten. Oftmals würden weniger Stellen angesetzt, aber höhere Ausgaben, oder aber andersherum. Namens seiner Fraktion bitte er um schriftliche Erläuterung dieser Abweichungen über den gesamten Einzelplan hinweg.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies alles so fest.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) teilt mit, dass ihre Verwaltung die mündlich von Herrn Walter gestellte Frage – Stichwort: Eigenanteilsfinanzierung – schriftlich beantworten werde.

Was die Veranschlagung der Fluchtkosten angehe, verweise sie auf das zweite Aufstellungsrundschreiben für die Jahre 2026 und 2027 – dort Nr. 5 –, in dem unter Berücksichtigung der Maßgabe aus dem Dritten Nachtragshaushaltsgesetz 2024/2025 festgehalten worden sei, dass im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung veranschlagte Ausgaben in diesem Jahr aus dem Budget in gleicher Höhe unverändert fortgeschrieben würden. Alles, was über die Fortschreibung bisheriger in den Einzelplänen der Fachverwaltungen enthaltener Ansätze im Doppelhaushalt 2026/2027 hinausgehe, solle dann im Rahmen der Fluchtpauschale, die noch zu besprechen sei, erfolgen. Das bedeute eine Fortschreibung, während alles Weitere im Prozess

der Haushaltsaufstellung und um die künftige Fluchtpauschale herum besprochen und entschieden werde.

Alexander Freier-Winterwerb (SPD) kommt auf die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zu sprechen. Diesbezüglich gelte es eine Aufgabe zu lösen. Er bitte um einen schriftlichen Bericht, in welchen Kapiteln und Titeln das umgesetzt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest.

André Schulze (GRÜNE) merkt an, die Erläuterung der Senatorin verwirre ihn etwas, zumal die Aufstellung des Haushalts im Senat abgeschlossen sei. Eine Fluchtpauschale finde sich im Senatsentwurf nicht. Die Senatorin gebe gleichsam zu verstehen, dass die einzelnen Titel völlig unrealistische Werte enthielten und das Parlament überlegen solle, was es damit anfangen. Das empfinde er als schwierig, was den Umgang betreffe. Er frage sich, wie sich die Senatorin den Umgang des Parlaments damit vorstelle, dass die Titel lediglich fortgeschriebene Ansätze enthielten. Wie solle das Abgeordnetenhaus zu realistischen Werten für die Ansätze kommen?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) bringt vor, dass der Senatsentwurf für den Doppelhaushalt 2026/2027 aus den genannten Gründen einen Merkmalsatz für eine Fluchtpauschale enthalte. Hinsichtlich der Erklärung über die Notlage und deren Höhe würden noch Abstimmungen vorgenommen.

André Schulze (GRÜNE) sagt, dass es die Aufgabe des Abgeordnetenhauses sei, die Notlage in ihrer Höhe zu erklären. Insofern verstehe er, dass dazu noch Abstimmungen im Senat stattfänden. Doch die Grundlage dafür müsse eine realistische Schätzung über die Kosten sein. Insgesamt sei die Rede von einem mittleren dreistelligen Millionenvolumen. Der vorgelegte Entwurf sei in keiner Weise realistisch. Wann wolle SenASGIVA dem Parlament realistische Ansätze für die betreffenden Kapitel aufliefern?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) unterstreicht, dazu würden Abstimmungen zwischen den Koalitionsfraktionen vorgenommen. Ferner bestünden mit Blick auf das Sondervermögen noch offene Punkte; hier sei man auf den Bund angewiesen. Hiermit werde sich auch eine Ministerpräsidentenkonferenz beschäftigen. In dieser Gemengelage fänden derzeit Abstimmungen innerhalb der Koalition statt.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, hier liege so etwas wie eine Hängepartie vor. Allerdings habe der Finanzsenator am Mittwoch eine mögliche Auflösung der Hängepartie in Aussicht gestellt, indem er gesagt habe, dass der Senat dem Parlament Gelegenheit geben werde, noch während der Haushaltsberatungen – so habe er, Redner, es verstanden – sowohl über die Erklärung einer Notlage als auch über die ausgabenseitige Entsprechung jener zusätzlichen Kreditaufnahmemöglichkeit zu befinden. Der Senator habe verlautbaren lassen, dass es keines Nachtragshaushalts bedürfte, nähme man das noch in diesen Haushalt auf. Er begrüßte eine Bestätigung seitens SenFin, dass da noch etwas komme.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) betont, Senator Evers habe das ausführlich dargestellt. Die Beratungen innerhalb der Koalition, darauf habe bereits Senatorin Kiziltepe

verwiesen, dauerten an. Selbstverständlich solle das Ganze rechtzeitig abgeschlossen werden, damit es noch vom Ausschuss beraten werden könne.

André Schulze (GRÜNE) schildert, der Verweis auf das Sondervermögen verwirre ihn eher, als dass er ihm weiterhelfe. Die bisherige Systematik der Finanzierung der Unterbringung im Land Berlin lasse eine Finanzierung über das Sondervermögen nicht erwarten. – Zur zweiten Lesung bitte er um einen schriftlichen Bericht, was aus Sicht von SenASGIVA realistische Ansätze für die Jahre 2026 und 2027 in Kapitel 1171 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber – und in Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Berliner Unterbringungsleitstelle – seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt gibt bekannt, der Berichtswunsch sei so erfasst.

Christoph Wapler (GRÜNE) kündigt an, seine Fraktion werde Fragen zu Neuerungen bei der Zuwendungsbearbeitung nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest.

Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten wird:

- | | |
|---|----------------------------------|
| a1) Bericht SenASGIVA – ZS A 22 – vom 04.04.2025
Aufteilung Zentrale Tarifvorsorge 2024 und
Prognose 2025
(Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung vom 22.01.2025) | 2026 CW
Haupt |
| a2) Bericht SenASGIVA – ZS A 22 – vom 14.08.2025
Tarifvorsorge
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025) | 2372
Haupt |

Christoph Wapler (GRÜNE) macht geltend, dass seine Fraktion zu dem Bericht rote Nr. 2372 in den Fachausschüssen eine Reihe von Berichtsbitten ausgelöst habe; den Antworten sehe man mit Spannung entgegen. Vor diesem Hintergrund bitte er darum, dass die Berichte unter a1 und a2 auf die zweite Lesung vertagt würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt das Einvernehmen des Ausschusses fest, dass die Berichte rote Nrn. 2026 CW und 2372 zur zweiten Lesung des Einzelplans 11 – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – vertagt werden mögen.

- b) Bericht SenASGIVA – ZS A – vom 29.08.2025
**Gesamtstädtische Zielvereinbarung zur
gesamtstädtischen Steuerung und
Weiterentwicklung der Fachstellen Soziale
Wohnhilfe (ZV Soziale Wohnhilfe) nach §6a
Abs. 2 AZG sowie
Zielvereinbarung Personalausstattung und
Transferkostensteuerung Soziales**
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025)

[2195 N](#)
Haupt

Franziska Brychey (LINKE) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Zielvereinbarung zur Optimierung der Personalausstattung und Transferkostensteuerung in den bezirklichen Ämtern für Soziales. Von Interesse sei vor allem, was genau es bedeute, dass die Zielvereinbarung außerhalb von § 6a AZG durchgeführt werden solle. Welches zusätzliche Personal sei in den Bezirken für die Umsetzung vorgesehen? An welchen konkreten Stellen im Haushalt sei dafür Geld eingeplant? Was könne zudem über die Einbeziehung der Träger in den Prozess gesagt werden? Inwiefern solle mehr Kontrolle helfen, den Verwaltungsaufwand zu verringern?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) legt dar, dass sich ihr Haus mit Blick auf die Gesamtstädtische Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung und Weiterentwicklung der Fachstellen Soziale Wohnhilfe nach wie vor im Austausch mit SenFin, SenWGP und den Bezirken befinde. Die Gespräche, zu deren Stand ihre Abteilungsleiterin Soziales berichten möge, seien sehr konstruktiv.

Dr. Catharina Rehse (SenASGIVA) stellt heraus, dass zwei bestehende Zielvereinbarungsprozesse voneinander unterschieden werden müssten. Während der eine Prozess in Zusammenhang mit der Sozialen Wohnhilfe stehe und schon vor einigen Jahren im Rahmen eines großen Projekts über die Senatskanzlei begonnen habe, beziehe sich der zweite Prozess auf die Steuerung des Personals und der Transferausgaben in den Bezirken. Geplant sei, dass der erste Zielvereinbarungsprozess in dem zweiten aufgehe, da dort einzelne Fachmodule zu den verschiedenen Transferkostenbereichen vorhanden seien, für die dann einzelne Zielvereinbarungen geschlossen werden sollten. – Zum Sachstand: Die Fertigstellung der Personalbedarfsermittlungsansätze werde bis zum Ende des Jahres angestrebt. Mit den Bezirken habe eine Zusammenarbeit stattgefunden. Ferner seien verschiedene „Schätzworkshops“ mit den Fachexperten durchgeführt worden. Zunächst seien die Geschäftsprozesse analysiert worden. Sodann sei mithilfe der Experten festgestellt worden, wie viel Zeit für einzelne Prozesse benötigt werde. Das sei inzwischen als erster Schritt in der Berechnung für die verschiedenen Transferkostenbereiche fertiggestellt worden. Momentan laufe die Erhebung der Mengen. Dabei gehe es um das Wissen, wie häufig die einzelnen Prozesse notwendig seien, um auf dieser Grundlage die das Ganze umfassende Personalbedarfsermittlung vorzunehmen. Momentan sehe es danach aus, dass der Prozess im Dezember endgültig abgeschlossen werden könne.

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich, inwieweit dieser Prozess, in dem es, wenn er es richtig sehe, vor allem um die verwaltungsmäßigen Grundlagen gehe, mit dem ressortübergreifenden Arbeitsprozess im Senat zur Transferkostensteuerung verschränkt sei bzw. inwieweit die Prozesse aufeinander aufsetzten oder parallel liefen.

Dr. Catharina Rehse (SenASGIVA) führt aus, dass mit der AG Effiziente Sozialausgabensteuerung in der Tat ein weiterer Prozess bestehe. Es werde versucht, die Ergebnisse aus diesem Prozess in den Zielvereinbarungsprozess zu überführen; beziehungsweise sei der Abschluss der Zielvereinbarung ein Instrument, das in die AG Effiziente Sozialausgabensteuerung aufgenommen worden sei. Die Maßnahmen, die dort gemeinsam festgelegt worden seien oder noch festgelegt würden, sollten dann sukzessive in die Zielvereinbarung aufgenommen werden, um letztlich eine vernünftige Transferkostensteuerung zu erreichen. Im ersten Schritt solle Transparenz hergestellt werden. Erst dann, wenn die Zahlen genau bekannt seien, könne geschaut werden, wo für das gesamte Land Berlin noch besser gesteuert werden könne. Gerade im Sozialbereich gebe es viele kommunizierende Röhren. Ein Absenkung der Transferkosten an einem Punkt habe häufig eine Kostensteigerung in anderen Transferkostenfeldern zur Folge, womit das Land im Ganzen nichts gewonnen habe.

Steffen Zillich (LINKE) sagt, er begrüße, dass die Zusammenhänge hergestellt würden. Allerdings könne er sich auch vorstellen, dass es den einen oder anderen Zielkonflikt gebe, etwa dann, wenn in dem einen Prozess betrachtet werde, wie viele Leute benötigt würden, um ein Feld zu bearbeiten, und in dem anderen Prozess erörtert werde, wie über mehr Einzelentscheidungen und mehr Kontrollen eine kleinteiligere Bewilligung von Leistungen und damit eine gewisse Effizienz im Mitteleinsatz erreicht werden könnten. Im schwierigsten Fall laufe man in dem einen Prozess in die eine Richtung und im anderen Prozess in die andere Richtung. Möglicherweise könne der Senat noch einmal dazu Stellung nehmen. Die Sprecherinnen und Sprecher hätten, unbenommen davon, verabredet, das Themenfeld noch einmal genauer zu diskutieren in den Haushaltsberatungen.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erinnert daran, dass über die Transferkostensteuerung schon seit längerer Zeit diskutiert werde. Im Übrigen würden diese Debatten auch in den anderen Bundesländern geführt. Es werde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe dazu geben, da die Bundesländer mit den steigenden Transferausgaben aus ihrer Sicht alleingelassen würden, zumal die Gesetzgebung auf Bundesebene erfolge. – Der gesamte Prozess besitze zwei Ebenen. Die eine Ebene sei davon gekennzeichnet, dass die Sozialämter unter der Arbeitslast litten. Hierzu bestehe ein Austausch ihres Hauses mit SenFin, um bis zum Jahresende eine Zielvereinbarung zu schließen, mit der die Sozialämter personell gestärkt werden sollten. Auf der zweiten Ebene werde der Prozess länger dauern, da es Abstimmungsbedarf mit dem Bund gebe, Stichwort: Konnexität. Auf Bundesebene gebe es diverse Kommissionen in Bezug auf Veranschlagungskonnexität, die auch der Finanzsenator in seinen Gremien mit einbringe.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) fügt an, dass sich die Prozesse gegenseitig ergänzten. Mitnichten handele sich um gegenläufige Prozesse. In der AG Effiziente Sozialausgabensteuerung werde auch darüber diskutiert, wie die Verwaltung entlastet werden könne, Stichworte: Digitalisierung, Controlling. SenFin bediene sich bereits des Instruments SoFin-Data, um Daten zu erheben; so könne etwa geschaut werden, wie sich die Platzzahlen entwickelten. Insgesamt würden sowohl die Bedarfe als auch vorhandene Optimierungspotenziale betrachtet. Demnach handele es sich bei der Darstellung, es gehe um Kostensenkungen und Einsparungen, um eine mediale Zuspitzung. In diesem Zusammenhang sollten vor allem Kostensteigerungen gedämpft werden. Insgesamt werde eine effiziente Struktur angestrebt. Das berühre auch die Diskussion um das Landesorganisationsgesetz und alles, was mit der Verwaltungsreform in Verbindung stehe.

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass der Bericht rote Nr. 2195 N auch im Rahmen der verabredeten Besprechung zur Transferkostensteuerung thematisiert werden könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält Einvernehmen dahin gehend fest, dass der Bericht rote Nr. 2195 N damit auf die Sitzung am 5. November 2025 vertagt sei.

- c) Bericht SenASGIVA – ZS A 2 – vom 08.09.2025 [2142 D](#)
Zuwendungsbescheide Haupt
hier: Aufgabensortierung
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025)

Christoph Wapler (GRÜNE) bemerkt, da in dem Bericht die Rede davon sei, dass der Prozess planmäßig zum Jahresende abgeschlossen sein solle, bitte seine Fraktion um einen Folgebericht zu Januar 2026.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, das sei so aufgenommen. – Der Bericht rote Nr. 2142 D sei damit zur Kenntnis genommen.

- d) Bericht Senat von Berlin – ASGIVA ZS A 2 – vom [1861 B](#)
09.09.2025 Haupt
Fortschritt im landesweiten Projekt zur
Vereinfachung, Optimierung und Digitalisierungen
von Zuwendungen im Land Berlin
gemäß Auflage B. 103 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

Franziska Brychey (LINKE) fragt in Hinblick auf das Teilprojekt Digitalisierung, warum der wiederkehrende Bedarf nur als Modellprojekt umgesetzt werde und ob noch andere Projekte infrage kämen in der Umsetzung des Modellprojekts. Ferner interessiere sie, ob bereits Ergebnisse der bundesweiten Marktuntersuchung vorlägen, ob Anforderungen an ein einheitliches, standardisiertes, barrierefreies IT-Fachverfahren schon definiert worden seien und wann mit der Einführung eines solchen Verfahrens zu rechnen sei. Treffe der vorliegende Haushalt bezogen auf Letzteres Vorsorge? Mit Blick auf alle Kapitel und Zuwendungstitel wolle ihre Fraktion wissen, wie sich die Reform in den Abteilungen konkret auswirke, wenn einheitliche IT-Verfahren eingeführt seien, und ob mit einer Kostenersparnis zu rechnen sei. – Die Fragen mögen schriftlich zu der Sitzung am 5. November 2025, in der das Zuwendungsrecht näher thematisiert werden solle, beantwortet werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält das so fest. – Der Bericht rote Nr. 1861 B sei damit zur Kenntnis genommen.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Franziska Brychey (LINKE) stellt die Frage, ob auch Veranstaltungen des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen von den Kürzungen betroffen seien.

Mit Blick auf den Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – interessiere sie, wie sich die Tarifvorsorge konkret berechne. Inwiefern seien welche Tarifsteigerun-

gen in den jeweiligen Kapiteln bereits berücksichtigt? Sei im Jahr 2025 noch mit einem Mittelabfluss zu rechnen? Wenn ja, in welcher Höhe, wenn nein, warum nicht? Wie könne dann auf die Vorsorge zugegriffen werden?

Christoph Wapler (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion drei Berichtsansträge schriftlich stellen wolle. Zum Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – erbitte seine Fraktion einen Bericht zur Berechnung und Plausibilität der eingestellten Mittel, zum Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG – einen Bericht zu den geplanten Zielvereinbarungen und zum Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben – einen Bericht mit einer Erläuterung zu der veranschlagten PMiA.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, das sei so erfasst.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet auf die Frage der Abgeordneten Brychcy zu Titel 54053 – Veranstaltungen –, dass bei den Veranstaltungen für den Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen keine Kürzungen vorgenommen würden.

Dr. Kai Weigelt (SenASGIVA) nimmt Stellung zu Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –. Als Leiter der Zentralen Ansprechstelle für Zuwendungen habe er in der Vergangenheit mit dem Tarifmittelverfahren zu tun gehabt. Infolge der Entscheidung, die zentrale in eine dezentrale Tarifmittelvorsorge umzuwandeln, seien in jedem Einzelplan eigene Verfahren umgesetzt worden, und zwar mit Hinweisen, die seine Stelle zentral gegeben habe, um zu gewährleisten, dass die Mittel auf eine einheitliche Art und Weise zur Verfügung gestellt würden.

Was den Einzelplan 11 – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – betreffe, sei aufgrund der einheitlichen Berechnungswege eine Abfrage in die Abteilungen gegeben worden, die dann ihre Bedarfe ermittelt und nach den üblichen Vorgaben geprüft hätten, ob sie diese Bedarfe aus den bereits existierenden Zuwendungsmitteln decken könnten. Bei zusätzlich bestehenden Bedarfen habe auf die in Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – etatisierten Mittel zurückgegriffen werden können. Sein letzter Stand sei, dass nur die Abteilung Soziales einen Bedarf gemeldet habe, der, soweit er wisse, bislang nicht realisiert worden sei, da sich zum Ende des Jahres immer herausstelle, dass in bestimmten Projekten Mittel übrig blieben.

Kapitel 1109 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Personalüberhang –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 1120 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenASGIVA – I B 5 – vom 25.06.2025 [1799 A](#)
Aktueller Sachstand zum Audio-Videodolmetsch-
Pilotprojekt 2024-2025 der Abteilung Integration
und Migration
(Berichtsauftrag aus der 64. Sitzung vom 26.06.2024) Haupt

Christoph Wapler (GRÜNE) teilt mit, dass seine Fraktion zu der roten Nr. 1799 A einen Bericht zu Januar 2026 erbitte. Wie stelle der Senat sicher, dass für das Projekt das Prinzip „Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag“ sichergestellt werde und Freiberuflerinnen dabei nicht ausgebeutet würden? Welche Regelungen seien in den Ausschreibungen entsprechend verankert?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtswunsch fest. Weiter stelle er fest, der Bericht rote Nr. 1799 A zur Kenntnis genommen sei.

- b) Schreiben SenASGIVA – ZS A 1 (V) – vom 15.09.2025 [2413](#)
Verlagerung der qualifizierten Sperren gemäß
Anlage 9 zum 3. NHG 24/25 sowie Aufhebung der
Einschränkung der gesetzlichen Deckungsfähigkeit
von durch das Berliner Abgeordnetenhaus
verstärkten Gesamt- oder Teilansätzen gemäß
§ 11 Abs. 3 HG 24/25
hier: Zustimmung Haupt

Vertagt – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, was die Gründe für die Rückzahlungen für 2025 seien. Um welche Fälle habe es sich dabei gehandelt? Warum gehe SenASGIVA davon aus, dass bei sinkenden Zuwendungen Rückzahlungen erfolgen sollten?

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) stellt dar, dass zwar viele Faktoren eine Rolle spielten, maßgeblich liege es jedoch daran, dass Träger Mittel nicht abrufen oder diese zurückgeben würden, weil sie diese nicht verausgaben könnten. Die SenASGIVA habe im Jahr mit Plansummen gerechnet und könne im letzten Quartal kein Geld mehr verschieben.

Die Abteilung Antidiskriminierung sensibilisiere gerade die Träger dahingehend, dass diese nur wirklich benötigte Mittel abriefen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dem Abgeordneten Ronneburg zufolge kein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Titel 53104 – Begegnungen, politische Bildungsarbeit, Gruppenfahrten –

Kristian Ronneburg (LINKE) bemerkt, dass in diesem Titel die Projektmittel für Ansprechpersonen für Russlanddeutsche veranschlagt seien. Gebe es zur Arbeit des Beauftragten und den erfolgten Maßnahmen einen Zwischen- oder Jahresbericht oder eine andere Form der Rechenschaftslegung? Wie sehe die Personalausstattung der Ansprechperson aus? Seien diesbezüglich Änderungen im Vergleich zum aktuell geltenden Haushalt geplant?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) teilt mit, dass diese Fragen schriftlich beantwortet würden. Der Tätigkeitsbericht werde sehr umfangreich sein. Am 28. August 2025, dem Gedenktag der Vertreibung der Deutschen aus Russland, habe eine Veranstaltung im Roten Rathaus dazu stattgefunden.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Christoph Wapler (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion schriftliche Fragen zu den Kürzungen im Integrationsfonds beim Ausschussbüro einreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fraktion der Grünen Fragen einreichen wolle.

Titel 68410 – Partizipationsmaßnahmen –

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet um die Zurückstellung dieses Titels. – In diesem Titel seien die Kofinanzierungsmittel des Europäischen Sozialfonds – ESF – veranschlagt. Inwiefern würden durch diese niedrigere Veranschlagung im Haushalt EU-Mittel verloren gehen?

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet zu diesem Titel um einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Berichtswunsch des Abgeordneten Wapler vermerkt sei.

Katarina Niewiedzial (SenASGIVA) erwidert, die gestellte Frage beziehe sich nicht auf die ESF-Mittel, sondern auf die Mittel des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds – AMIF – der EU. Die Berliner Mittel seien gekürzt worden, weil das Bundesprogramm angehalten worden sei und die AMIF-Mittel vom Bund nicht abgerufen worden seien. Daher komme es zur Reduzierung der Kofinanzierung.

Titel 68411 – Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege –

Kristian Ronneburg (LINKE) führt aus, dass bei dem Förderprogramm der Migrationssozialdienste der Vergleich der Veranschlagung schwierig gewesen sei, weil dieses Programm zuvor in den Gesamtkosten enthalten gewesen sei. Werde 2025 mehr oder weniger veranschlagt als vorher?

Christoph Wapler (GRÜNE) schließt sich der Fragestellung an. Warum werde das Förderprogramm nicht mehr über Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Soziales –, Titel 68431 – Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden – finanziert? Wie hoch seien die veranschlagten Mittel gewesen?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) teilt mit, dass die vierte Säule mit 1,4 Mio. Euro fortgeschrieben werde.

Christoph Wapler (GRÜNE) merkt an, dass zum Teilansatz 1 – Projekte der Wohlfahrtsverbände für migrationsbezogene und mehrsprachige Sozialberatungsstellen sowie das Projekt „work for refugees“ – seine Fraktion noch einen schriftlicher Berichtsauftrag stellen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fraktion der Grünen Fragen einreichen wolle.

Titel 68412 – Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen –

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet um die Zurückstellung dieses Titels.

Frank-Christian Hansel (AfD) verweist auf Teilansatz 4 – Förderprogramm Migrationsrechts- und Flüchtlingsberatung im Land Berlin, inklusive der Beratung und Betreuung von besonders Schutzbedürftigen, Rechts- u. Verfahrensberatung für Geflüchtete – und Teilansatz 5 – Förderprogramm Migrationsrechts- und Flüchtlingsberatung im Land Berlin, inklusive der Beratung und Betreuung von besonders Schutzbedürftigen: Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge –. Könne es so gelesen werden, dass eine Organisation für Flüchtlingsberatung aus dem Landeshaushalt finanziert werde, damit Flüchtlinge gegen das Land Berlin besser klagen könnten?

Eigentlich gelte die Politik, dass Ausreisepflichtige zur Abschiebung gebracht würden. Finanziere das Land Berlin dadurch die Möglichkeit von Abzuschiebenden, zu klagen, damit sie im Land bleiben dürften? Was genau sei der Unterschied zwischen den beiden Teilansätzen?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) stellt dar, dass Teilansatz 4 alle Zielgruppen, einschließlich EU-Bürgerinnen und -Bürger und Geflüchtete, betreffe. Mit diesem Programm würden in einem Rechtsstaat die Menschen über ihre Rechte aufgeklärt und die Ziele der EU-Richtlinie zu Geflüchteten umgesetzt.

Christoph Wapler (GRÜNE) kündigt an, dass ein schriftlicher Berichtsauftrag zu dem Finanzierungsmodell gestellt werde.

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet ebenfalls darum, dass dieser Punkt schriftlich erläutert werde. Welche Fälle habe es außerdem gegeben, in denen Menschen dieses Förderprogramm genutzt hätten, um gegen das Land Berlin zu klagen?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Berichtswünsche der Abgeordneten vermerkt seien.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) stellt klar, dass keine individuelle Rechtsberatung erfolge. Es sei eine Beratung darüber, welche Rechte Menschen in diesen Situationen hätten.

Kapitel 1130 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenASGIVA – IV ZH 2 – vom 19.08.2025 [1537 D](#)
Folgebericht Antidiskriminierungsprojekte Haupt
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 1537 D ohne Aussprache zur Kenntnis.

- b) Bericht SenASGIVA – IV ZP 5 – vom 28.07.2025 [1863 A](#)
Maßnahmenscharfe Aufschlüsselung der Mittel aus Haupt
dem Kapitel 1130/Titel 54010 für das Jahr 2025
(Berichtsauftrag aus der 66. Sitzung vom 09.10.2025)

Sebastian Walter (GRÜNE) führt aus, dass in dem Bericht unter Punkt 2 – Fachpolitischer Bereich LSBTI / Ansprechperson Queeres Berlin –, a – Expertise „Regenbogenhaus“ – beschrieben sei, dass es zunächst eine durch Camino durchgeführte Bedarfserhebung geben werde. Gebe es bereits Ergebnisse dieser Erhebung, sei diese abgeschlossen? Sei die Meinungsfindung zum Regenbogenhaus möglicherweise durch die Bedarfserhebung bereits abgeschlossen?

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) bestätigt, dass diese Bedarfserhebung durchgeführt worden sei. Ein Ergebnis liege bereits vor, aber die Meinungsbildung dazu sei noch nicht vollständig abgeschlossen. Der Zwischenstand könne weitergeleitet werden.

Sebastian Walter (GRÜNE) gibt an, dass ihm diesbezüglich eine Rückmeldung zu Anfang Januar 2026 genüge.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Berichtswunsch des Abgeordneten Walter vermerkt sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1863 A zur Kenntnis.

- c) Bericht SenASGIVA – IV A 3 – vom 19.06.2025 [2312](#)
Antidiskriminierung und Diversity/Diversität
(Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2312 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- d) Bericht SenASGIVA vom 10.06.2025 [2141 B](#)
Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV)
(Berichtsauftrag aus der 65. Sitzung vom 04.09.2024
und aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2141 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

- e) Bericht SenASGIVA – IV ADR 2 – vom 13.08.2025 [0189 E](#)
Umsetzung des Landesantidiskriminierungsgesetzes
(LADG) und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes
(AGG) in der Berliner Verwaltung
hier: Gerichtsverfahren
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025) Haupt

Sebastian Walter (GRÜNE) weist darauf hin, dass bei Verfahrensausgang mehrfach der Betrag von 750 Euro angegeben sei. Bei einer Novellierung des Landesantidiskriminierungsgesetzes – LADG – müsse Schadenersatz bedacht werden. Daher sei es von Interesse, wie es zu dieser Summe komme bzw. was dafür die Grundlage sei.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) bemerkt, dass die Ombudsstelle unabhängig sei. Die SenASGIVA führe zudem kein Klagemonitoring durch.

Eren Ünsal (SenASGIVA) bemerkt, sie könne zu der Frage keine fachliche, nur eine allgemeine Einschätzung geben. Es sei eine allgemeine Beobachtung, dass Schadenersatz gering ausfalle. Die SenASGIVA stelle Überlegungen an, ob abschreckendere Hürden dienlich seien.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0189 E zur Kenntnis.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet darum, dass das gesamte Kapitel 1130 bis zu zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dies vermerkt sei.

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, wie viele Stellen auf die LADG-Ombudsstelle entfielen.

Eren Ünsal (SenASGIVA) stellt dar, dass die LADG-Ombudsstelle derzeit über eine Leitungsposition mit Entgeltgruppe – EG – 14 verfüge, drei juristischen Referentinnen und Referenten, davon eine Stelle und zwei befristete Beschäftigungspositionen mit jeweils EG 13, zwei Sachbearbeitungspositionen, davon eine Stelle mit EG 9 b und eine Stelle mit EG 8, verfüge. Begonnen habe die Ombudsstelle mit einer Leitungs- und einer Referentinnenposition. Aufgrund erhöhter Beratungszahlen sei das Team entsprechend erweitert worden.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Kristian Ronneburg (LINKE) bemerkt, dass die Mittel unter diesem Titel erheblich gekürzt würden. Seine Fraktion stelle die Frage, wie viele Mittel für die Verwendungsnachweisprüfung eingeplant seien. Werde diese ggf. günstiger durch die Reform im Zuwendungsrecht und der neuen AV zur LHO? Welche weiteren vertraglichen Bindungen lägen hier vor?

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um einen schriftlichen Bericht über die geplanten Maßnahmen unter diesem Titel.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet ebenfalls um einen schriftlichen Bericht über die detaillierte Darstellung dieses Titels.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass beides sei vermerkt.

Eren Ünsal (SenASGIVA) führt aus, dass aus diesem Titel vielfältige Maßnahmen der Antidiskriminierungsarbeit finanziert würden. Größere Projekte seien z. B. die LADS-Akademie, die Fortbildungsakademie für Mitarbeitende der Verwaltung und interessierte Menschen aus der Zivilgesellschaft, Kampagnenarbeit, aber auch die Begleitung der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung – LADS – durch einen Beliehenen zur Durchführung der Verwendungsnachweisprüfung.

Es erfolge keine Kürzung des Titels, sondern eine Umschichtung von Mitteln. In den vergangenen Jahren seien mit Zustimmung von SenFin aus dem Titel fünf befristete Beschäftigungspositionen finanziert worden. Um mehr Transparenz herzustellen, habe die SenASGIVA diese Mittel in den Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten – verschoben.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um einen schriftlichen Bericht zu den geplanten Projekten unter Teilansatz 3 – Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt –.

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion zu diesem Titel Fragen beim Ausschussbüro einreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass beides so vermerkt sei.

Kapitel 1140 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Arbeit und Berufliche Bildung –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenASGIVA – II C 41 – vom 02.06.2025 [1747 B](#)
Beschäftigungsmöglichkeiten für die SGE- **Haupt**
Teilnehmenden
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025)

Christoph Wapler (GRÜNE) bemerkt, da laut SenASGIVA zum endgültigen Abschluss ein halbes Jahr Vorlauf nötig sei, bitte seine Fraktion um einen Bericht zu der Frage, wie viele SGE-Teilnehmende im öffentlichen Dienst einen Anschlussjob gefunden hätten, wie viele Personen noch vor Abschluss der fünf Jahre vermittelt worden seien, und welchen Einfluss die Fördermaßnahmen bei der Vermittlung gehabt hätten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht erfolgen werde.

Franziska Brychey (LINKE) verweist auf den Aufteilungsschlüssel, zu dem es einen Sockel und darüber hinaus eine quotale Verteilung der Beschäftigten gebe. Dafür seien 74,63 Prozent für die Bezirke in Vollzeitäquivalente vorgesehen. Wie komme dieser Schlüssel zustande?

Die Stadtteilmütter befänden sich nun im Einzelplan 10. Sei der SenASGIVA bekannt, ob die 48 Stadtteilmütter, die ein Beschäftigungsangebot erhalten hätten, dieses angenommen hätten?

Würden die Stellen bei dem VBB-Begleitservice auf die Senatsquote angerechnet, oder handele es sich um Stellen außerhalb dieser quotalen Verteilung? Bei dem VBB-Begleitservice seien 35 Personen beschäftigt, jedoch enthalte die Vorlage lediglich 29 Stellen. Wie komme diese Diskrepanz zustande?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erinnert daran, dass sich das Programm vor fünf Jahren an langzeitarbeitslose Menschen gerichtet habe. Dieser Zeitraum laufe Ende dieses Jahres ab. Viele Teilnehmende seien erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt integriert worden. Zum 1. September dieses Jahres seien noch 326 Menschen in dem Programm. 267 Menschen seien erfolgreich in den Arbeitsmarkt vermittelt worden, neun Personen hätten eine Aus- oder Weiterbildung gestartet.

Die Stadtteilmütter, die einen großen Beitrag zwischen Familien und Schulen leisteten, könnten ihre Arbeit fortsetzen, was erfreulich sei. Konkrete Zahlen dazu seien bitte bei SenBJF zu erfragen. Der Verteilungsschlüssel und die Aufteilung zwischen Hauptverwaltung und Bezirken sei in der SenASGIVA diskutiert worden, weil Berlin bei Programmstart eine Weiterbeschäftigungsgarantie gegeben habe.

Staatssekretärin Micha Klapp (SenASGIVA) merkt an, dass hierbei zu erkennen sei, dass die Senatsverwaltungen lösungsorientiert mit den Bezirken zusammengearbeitet hätten. – Bei dem VBB-Begleitservice seien Personen aus Altersgründen ausgespart und individuelle Lösungen gesucht worden, die den Weiterbeschäftigungsanspruch zu einem guten Ergebnis ge-

führt hätten. In den Berichten und Vorlagen stehe, dass nach Paketlösungen gesucht werde, was derzeit nicht der Fall sei. In vielen Gesprächen unter Berücksichtigung von Bezirksinteressen sei ein Ergebnis erzielt worden, dass akzeptabel sei. In der finalen Evaluierung werde dieses arbeitspolitische Instrument als Erfolgsgeschichte gesehen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1747 B zur Kenntnis.

- b) Bericht SenFin – II B 21 – vom 26.05.2025 [1830 H](#)
Quartalsbericht (IV 2024) – Haupt
Verpflichtungsermächtigungen
hier: aufgegebene Projekte und doppelt
veranschlagte Verpflichtungsermächtigungen
hier nur: Einzelplan 11
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 05.03.2025)

Franziska Brychcy (LINKE) fragt, welche Auswirkungen die Sperre bzw. spätere Entsperrung der Verpflichtungsermächtigungen auf verschiedene wichtige Projekte in der Berufsorientierung habe. Seien deshalb Plätze in Bezug auf das Berliner Ausbildungsplatzprogramm – BAPP – nicht eingerichtet worden, die andernfalls zur Verfügung gestanden hätten? Sei es zu Ausbildungsabbrüchen gekommen, sodass keine Schulabschluss erreicht worden sei?

Staatssekretärin Micha Klapp (SenASGIVA) erklärt, dass es in den letzten Jahren immensen Konsolidierungszwang und die Perspektive der PMA-Auflösung gegeben habe. Es habe eine Rolle gespielt, inwieweit die SenFin über Freigaben, Anträge, Sperrungen von Verpflichtungsermächtigungen entschieden habe. Bei einer verspäteten Ermöglichung, z. B. bei dem BAPP führe dies zu späterem Beginn entsprechender Maßnahmen. Allerdings würden diese auch durch Umkonzeptionierungen und Nachfrage beeinflusst.

Margrit Zauner (SenASGIVA) erläutert, dass bei der Arbeitsförderung generell nicht alles im Haushaltsjahr geleistet werden könne, z. B. aufgrund des Schuljahresbeginns oder unterjähriger Förderungen. Die SenASGIVA bemühe sich daher um eine feine Aussteuerung, aber Träger hätten geringere Planungsvorläufe. Es sei keine Maßnahme blockiert worden, es handle sich um den normalen Verfahrensablauf.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1830 H zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Christoph Wapler (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion Fragen zur Umsetzung der Ausbildungsumlage beim Ausschussbüro einreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dies vermerkt sei und die Fragen bis Montag 12 Uhr eingereicht werden müssten.

Franziska Brychcy (LINKE) bemerkt, dass bis zu 3,1 Mio. Euro für die Ausbildungsplatzumlage eingestellt seien. Wie seien die Ansätze im Zusammenhang mit der Ausbildungsplatzumlage zusammengesetzt? Sie bitte um einen schriftlichen Bericht.

Wie seien die höheren Ansätze für Teilansatz 9 – Geschäftsbesorgungsvertrag zur Umsetzung arbeitsmarktlicher Förderungen (Berufliche Aus- und Weiterbildung) – zu erklären? Gingen sie allein auf Tarifaufwüchse zurück oder auch auf mehr Fälle?

Die unabhängige Beschwerdestelle sowie die Informations- und Beschwerdestelle für den Arbeitsschutz sei gestrichen. Was sei die fachliche Begründung dafür? Im Parlament habe es zu der unabhängigen Beschwerdestelle für Auszubildende sehe viele Anträge gegeben. An wen sollten sich die jungen Menschen nun wenden?

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, inwiefern bei der Arbeitsplatzumlage damit gerechnet werde, dass die Einnahmen die Ausgaben überstiegen? Es habe auch eine Gegnerschaft aus Handel und Industrie zu diesem Thema gegeben. Gebe es ein positives Ergebnis, oder handle es sich um reine Bürokratie?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) stellt dar, dass die SenASGIVA zu dem Teilansatz 16 – Unabhängige zentrale Beschwerde- und Beratungsstelle für Auszubildende – den Antrag aus dem Parlament aufgenommen und geschaut habe, welche Beratungsangebote für Auszubildende in Berlin bestünden. Daraus habe sich die Entscheidung ergeben, keine zusätzliche zentrale Beschwerde- und Beratungsstelle einzurichten, sondern die bestehenden Stellen bekannter zu machen. Darüber hinaus werde die SenASGIVA u. a. dies im Zuge der Umsetzung des Ausbildungswerkes berücksichtigen, damit die Auszubildenden in Berlin gestärkt würden.

Bei dem Teilansatz 17 – Dienstleistungen zur Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage (neu) – gehe es um die Dienstleistung, die ein externer Anbieter für das Land Berlin bei der Bedarfserhebung, erbringe. Die SenASGIVA sei diesbezüglich im engen Austausch mit Bremen.

Frank-Christian Hansel (AfD) wiederholt seine Frage, inwiefern Einnahmen etatisiert würden, und wo. Rechne die SenASGIVA mit Einnahmen, oder führe es nur zu vermehrter Bürokratie?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) führt aus, dass noch bis zum 31. Dezember 2025 Zeit bleibe. Im Bündnis für Ausbildung werde geprüft, ob die Zielzahl erreicht worden sei. Wenn das Parlament in seiner zweiten Beratung die Ausbildungsplatzumlage umgesetzt habe, müsse dafür eine neuer Titel angesetzt werden.

Titel 68476 – Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung –

Franziska Brychcy (LINKE) fragt, inwiefern die Kürzung des Teilansatzes 5 – ARRIVO – fachlich begründet sei. Es gehe um Menschen mit Fluchterfahrung, den Übergang in Ausbildung und in den Arbeitsmarkt.

Warum werde Teilansatz 6 – Evaluation Berufsorientierung – komplett gestrichen? Es gebe sehr viele Träger, wodurch die Evaluation sehr wichtig sei, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu beurteilen.

Der Teilansatz 9 – Schulpate – sei ein Kooperationsprojekt mit der Handwerkskammer. Im vergangenen Doppelhaushalt seien Mittel dafür eingestellt worden. Warum sei der Teilansatz auf null gesetzt worden?

Margrit Zauner (SenASGIVA) führt aus, dass die Evaluation ein längerer Prozess und die Mittel begrenzt seien. Daher habe hinsichtlich des Teilansatzes 6 – Evaluation Berufsorientierung – die Abwägung stattgefunden, ob die zur Verfügung stehenden Mittel in Programme oder die Evaluation fließen sollten. Die SenASGIVA habe sich für Ersteres, die Maßnahmen für die Menschen entschieden.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erläutert, dass sich die SenASGIVA bemühe, die erfolgreichen Projekte fortzuführen, wozu auch ARRIVO gehöre. Durch ARRIVO würden mögliche Hürden beseitigt, die bei der Integration von Geflüchteten und bei der Vermittlung in die Betriebe vorhanden seien. Gleichzeitig müsse auch die SenASGIVA Einsparungen vornehmen. Im Einzelplan werde das an verschiedenen Stellen ersichtlich, wie auch in diesem Fall.

Kapitel 1141 – Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg –

Titel 23211 – Ersatz von Ausgaben durch die Länder –

Franziska Brychcy (LINKE) erkundigt sich, warum weniger als das Ist 2024 veranschlagt worden sei?

Susanne Höwner (LArbG) führt aus, dass es sich hierbei um die Kostenerstattung des gemeinsamen Landesarbeitsgerichts handle. Die Annahme sei gewesen, dass die Ausgaben im kommenden Haushalt nicht so hoch sein würden wie im vergangenen. Dies sei die Erstattung, die durch Brandenburg geleistet werde.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Franziska Brychcy (LINKE) stellt fest, dass der Ansatz für 2026 deutlich auf 51 800 Euro reduziert worden sei. Das Ist aus dem Jahr 2024 betrage jedoch 184 537,41 Euro. Werde weniger Prozesskostenhilfe beantragt, oder wie komme es zu dieser Reduzierung?

Susanne Höwner (LArbG) erklärt, dass dies allgemein nicht steuerbare Ausgaben seien. Sie seien nicht unbedingt von den Verfahrenseingängen abhängig, sondern v. a. von der Erstattung der Prozesskostenhilfe an die Anwälte. Im Rahmen der Konsolidierung sei von einem geringerem Aufwand ausgegangen worden.

Kapitel 1142 – Arbeitsgericht –

Mitberaten wird:

Bericht SenASGIVA – II B 2 – vom 28.07.2025 [1854 A](#)
Geschäftsentwicklung und Verfahrensdauer der Haupt
Arbeitsgerichtsbarkeit
gemäß Auflage B. 93 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 1854 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –
Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –
Titel 42260 – Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen
des Wissenstransfers –
Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Franziska Brychey (LINKE) verweist darauf, dass eine Diskrepanz zwischen Stellen und den Ausgaben bestehe, z. B. kämen 14 Beamtenstellen hinzu, die Ausgaben würden jedoch sinken. Die Anzahl der Richterinnen und Richter bleibe gleich, aber die Ausgaben würden leicht sinken. Die Ausgaben für Tarifbeschäftigte würden steigen, dabei aber zehn Stellen gestrichen. Wie komme es dazu?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) bemerkt, dass hierzu bereits ein schriftlicher Berichtsauftrag vorliege.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Franziska Brychey (LINKE) nimmt darauf Bezug, dass die Ansätze gesenkt würden. Das ist sei jedoch deutlich höher. Verhalte es sich genauso wie beim gleichlautenden Titel im Kapitel 1141 – Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg –?

Susanne Höwner (LArbG) bestätigt, dass dies analog zum Landesarbeitsgericht zu betrachten sei.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Franziska Brychey (LINKE) führt aus, dass 2024 zwar kein Gap zwischen der Anzahl der Frauen und Männern mit Dienstreisen bestanden habe, jedoch bezüglich der Ausgaben. Ca. 80 Prozent der Mittel seien auf männliche Personen entfallen. Zuvor sei dies nicht der Fall gewesen. Würden den Männern weitere Dienstreisen genehmigt, oder wie sei dieser Gap zu erklären?

Susanne Höwner (LArbG) erwähnt, dass ihr dieser große Unterschied bisher nicht aufgefallen sei. Die Dienstreisen würden bedarfsgerecht durchgeführt, ohne nach Geschlecht zu unterscheiden.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) merkt an, dass die SenASGIVA darauf einen stärkeren Blick werfen werde.

Dr. Andrea Baer (LArbG) erklärt, dass Interessensbekundungen aus der Belegschaft kämen. In IT-Fragen werde z. B. versucht, Frauen aktiv zu fördern, aber bei männlichen Beschäftigten gebe es ein größeres Interesse. Gerade in diesem Bereich seien viele Angebote teurer. Dies ergebe den Gap.

Kapitel 1145 – Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit –

Mitberaten wird:

Bericht SenASGIVA/LAF – StabL – vom 03.09.2025
**Ausbildung und Übernahme von
Arbeitsschutzfachkräften**
gemäß Auflage B. 101 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

[1879 A](#)
Haupt

Franziska Brychey (LINKE) fragt, welche gesetzliche Kontrollquote im Bereich der Arbeitsschutzaufsicht ab nächstem Jahr gelte. Wie sei der aktuelle Stand?

Dr. Robert Rath (LAGetSi) stellt dar, dass gemäß Arbeitsschutzkontrollgesetz 5 Prozent der Betriebe in einer Region von den zuständigen Arbeitsschutzaufsichtsbehörden kontrolliert werden müssten. Diese Mindestbesichtigungsquote gelte zwar bereits seit zwei Jahren, aber ab 1. Januar 2026 ohne Möglichkeit des Dispenses. In der Vergangenheit habe es diese Form der Kontrollen nicht gegeben, sondern eine gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie, bei der Arbeitsschutzaufsichtsbehörden, Unfallversicherungsträger, Gewerkschaften und der Bund gemeinsam ein Kontrollprogramm erarbeitet hätten. Dieses enthalte 95 zu prüfende Punkte, die bei sehr ausführlichen Betriebsbesichtigungen geprüft werden müssten.

Im Rahmen der Festlegung der Mindestbesichtigungsquote, zu der es erst seit Kurzem nationale Verfahrensfestlegungen gebe, habe eine deutliche Reduzierung der Punkte stattgefunden. Gleichzeitig sei mehr auf die Bewertungsfähigkeit durch die Arbeitsschutzaufsichtsbeamten gesetzt worden. Dadurch sei die Tätigkeit dieses Jahr nicht vergleichbar mit der im nächsten Jahr. Das Landesamt sei zuversichtlich, dass mit dem gewonnenem Personal in Zukunft die Mindestbesichtigungsquote eingehalten werden könne. Zu Beginn müssten die Nachwuchskräfte qualifiziert werden, aber bereits Nachwuchskräfte im zweiten Jahr seien in der Lage, viele Aktivitäten zu erfüllen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1879 A zur Kenntnis.

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Soziales –

- a) Bericht SenASGIVA – III F 1.1 – vom 12.08.2025 [0692 K](#)
Schaffung von Wohnraum für wohnungslose und obdachlose Menschen sowie deren Unterbringung
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 05.03.2025) Haupt

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet zu Ende Januar 2026 um einen Folgebericht, in dem die aktuellen Zahlen zur Schaffung von Wohnraum für wohnungslose und obdachlose Menschen dargestellt werden sollten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dies vermerkt sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0692 K zur Kenntnis.

- b) Bericht SenASGIVA – III F 2.1 – vom 08.08.2025 [1788 B](#)
Fortschrittsbericht des Leitprojektes „Unterbringung obdachloser und geflüchteter Menschen“ (GStU)
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1788 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

- c) Bericht SenASGIVA – III E 2 – vom 26.08.2025 [1823 F](#)
Integriertes Gesundheits- und Pflegeprogramm (IGPP), Integriertes Sozialprogramm (ISP) und Infrastrukturprogramm Stadtteilzentren (IFP STZ) hier: Verhandlungsergebnisse zu den neuen LIGA-Verträgen
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1823 F ohne Aussprache zur Kenntnis.

- d) Bericht SenASGIVA – III B 1.5 – vom 21.08.2025 [1874 C](#)
Umsetzung Bundesteilhabegesetz (BTHG), Evaluationsbericht für das Jahr 2024
gemäß Auflage B. 97 – Drucksache 19/1350 zum Haushalt 2024/25 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1874 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

- e) Bericht SenASGIVA – III B 2.5 – vom 25.08.2025 [2290 A](#)
Rechtliches Gutachten zur Wirtschaftlichkeit von Tarifverträgen im Bereich der Eingliederungshilfe
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2290 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

- f) Bericht SenASGIVA – III F 2.5 – vom 25.08.2025 [2380](#)
Nachfragen zum Bericht zur Anmietung der Haupt
Bitterfelder Straße
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2380 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

- g1) Vertraulicher Bericht SenASGIVA – III F 2.8 – vom [2089 A](#)
14.03.2025 Haupt
Gesamtübersicht über Standorte zur Unterbringung Vertrauliche
von Geflüchteten Beratung
(Berichtsauftrag aus der 68. Sitzung vom 27.11.2024)
- g2) Vertraulicher Bericht SenASGIVA – III F 2.6 – vom [2089 B](#)
24.06.2025 Haupt
Gesamtübersicht über Standorte zur Unterbringung Vertrauliche
von Geflüchteten Beratung
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 02.06.2025)
- g3) Vertraulicher Bericht SenASGIVA – III F 2.6 – vom [2089 C](#)
25.08.2025 Haupt
Gesamtübersicht über Standorte zur Unterbringung Vertrauliche
von Geflüchteten Beratung
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nr. 2089 A, rote Nr. 2089 B und rote Nr. 2089 C jeweils ohne Aussprache zur Kenntnis.

- h1) **Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. der** [1748 D-1](#)
Fraktion Die Linke und der AfD-Fraktion zur roten Haupt
Nummer 1748 D Vertrauliche
Beratung

Christoph Wapler (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion Fragen zu dem Bericht beim Ausschussbüro einreichen wollten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies fest.

Der **Ausschuss** nimmt die Fragen rote Nr. 1748 D-1 zur Kenntnis.

- h2) Bericht SenASGIVA – III F 2.5 – vom 25.08.2025 [1748 G](#)
Nachfragen zu Berichterstattungen über die
Unterbringung von Geflüchteten
Hier: Sachstand Gemeinschaftspauschale und
Vertragsgestaltung ANo TXL
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025)
(mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Frank-Christian Hansel (AfD) kündigt an, dass seine Fraktion noch vier Fragen beim Ausschussbüro nachreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies fest.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1748 G zur Kenntnis.

- i) Vertraulicher Bericht SenASGIVA – III F 2.5 – vom [2390 A](#)
17.09.2025
Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten
hier: Kostenersparnisse
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2390 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

- j) Bericht SenASGIVA – III F 2.5 – vom 18.09.2025 [2353 A](#)
Fragen zur sozialen Infrastruktur im Sozialraum für
Unterkünfte für Geflüchtete des LAF
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)
Haupt

Christoph Wapler (GRÜNE) schlägt die Vertagung des Berichts zur Anhörung der Bezirke im Hauptausschuss vor.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht werde zur ersten Lesung der Bezirke am 17. Oktober 2025 zurückgestellt.

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Soziales –

Christoph Wapler (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion eine schriftliche Berichtsbitte nachreichen werde. Kapitelübergreifend solle die gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung und in welchen Titeln die Kostenersparnisse realisiert würden und wo diese veranschlagt seien dargestellt werden.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) schlägt vor, die Frage mündlich zu beantworten.

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet, die Frage schriftlich zu beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Christoph Wapler (GRÜNE) kündigt an, dass zum Titel 54010 – Dienstleistungen – ein Berichtswunsch zu den Planungen für die Armuts- und Sozialberichterstattung schriftlich nachgereicht werde.

Titel 54602 – Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU –

Franziska Brychcy (LINKE) weist hin, dass die Begründung nicht zum Ansatz passe. Der werde auf 33 000 Euro reduziert, obwohl der Dienstleister nun auch als Zuwendungsstelle fungieren solle.

Martin Delius (SenASGIVA) erläutert, dass dies ein redaktioneller Fehler in der Erläuterung sei. Es habe sich gezeigt, dass das Vorhaben so gar nicht umsetzbar sei.

Titel 63115 – Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR –

Franziska Brychcy (LINKE) bittet, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen. Auf welchen Annahmen beruhe der Ansatz für 2026 und 2027? Es gebe Kürzungen trotz einer Rentenerhöhung.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) merkt an, dass es dabei um die Sondergruppen aus dem Rentenüberleitungsgesetz gehe. Die Frage werde schriftlich beantwortet.

Titel 63621 – Beiträge an die Unfallkasse –

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet, dass der Titel zurückgestellt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass so verfahren werde.

Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter –

Franziska Brychcy (LINKE) bittet, dass der Titel zurückgestellt werde. Weitere Fragen zu den aktuellen Kostenberechnungen der verschiedenen Modelle würden schriftlich nachgereicht.

Christoph Wapler (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion ebenfalls schriftliche Fragen einreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, dass das vermerkt sei.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Franziska Brychcy (LINKE) bittet zum Teilansatz 6, Projekte für wohnungslose Menschen inkl. Housing First, um Auskunft, welche Projekte in welcher Höhe und warum von Kürzungen betroffen seien. In welcher Höhe sei der Tarifausgleich veranschlagt worden? Der Titel solle zurückgestellt werden.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) stellt klar, dass bei Housing First nicht gekürzt werde. Die Ansatzreduzierung sei größtenteils ebenfalls keine Kürzung, sondern Verschiebungen. „Evas Obdach“ habe durch den Kauf des Gebäudes vor Verdrängung gerettet werden können. Dabei seien Mittel aus dem Sicherheitsgipfel genutzt worden. „Frostschutzengel“ sei nun im ISP veranschlagt und damit umgeschichtet worden. Ein weiteres Projekt werde vom Träger mit Wegfall der SGE-Stellen nicht mehr fortgeführt.

Christoph Wapler (GRÜNE) teilt mit, dass ein schriftlicher Bericht zur Lage der mobilen Stadtteilarbeit angefordert werde. – Auf welchen Kriterien basiere die Entscheidung für die massiven Kürzungen?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) hebt hervor, dass die mobile Stadtteilarbeit wichtig sei und die Stadtteilzentren, die gestärkt worden seien, ergänze. Das Projekt sei während Corona aufgesetzt und mit REACT-Mitteln der EU finanziert worden. Diese Mittel seien 2023 ausgelaufen. Aufgrund der Bedeutung seien die wegfallenden Mittel im Haushalt 2024/2025 ersetzt worden. Die Haushaltslage sei aber immer noch angespannt, sodass gekürzt werde. Die Strukturen würden aber erhalten bleiben. Jeder Bezirk erhalte ein mobiles Team. Sechs weitere würden mit SenStadt in fachlich begründeten Gebieten eingesetzt.

Sebastian Walter (GRÜNE) fragt nach, wer auf welcher Basis entscheide, welche Standorte geschlossen würden.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet, dass das in Zusammenarbeit mit den Bezirken auf fachlicher Basis entschieden werde.

Dr. Catharina Rehse (SenASGIVA) ergänzt, dass zusammen mit den Sozialraumkoordinatoren der Bezirke intensiv geprüft worden sei, wo im Zusammenhang mit den Stadtteilzentren auf die mobilen Angebote verzichtet werden könne.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet, dass zur zweiten Lesung des Einzelplans 11 ein Bericht darstellen solle, welche Standorte fortgeführt würden. Insbesondere solle zu den sechs Teams ausgeführt werden, die mit SenStadt organisiert würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein Bericht bis zum 12. November 2025 erwartet werde.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) weist hin, dass der Bericht mit SenStadt erstellt werde.

Titel 68431 – Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden –

Franziska Brychey (LINKE) bittet, dass der Titel zurückgestellt werde. – Welche Auswirkungen habe die Maßnahmenliste zur Zielvereinbarung zur Optimierung der Personalausstattung auf den Rahmenfördervertrag? Habe der Rahmenvertrag weiterhin Bestand?

Christoph Wapler (GRÜNE) beantragt, dass ein schriftlicher Bericht zur Berechnung und Plausibilität der Tarifvorsorge ausführen solle.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) stellt klar, dass die Ansätze für 2026 und 2027 gegenüber 2025 erhöht worden seien.

Franziska Brychey (LINKE) wiederholt die Frage, ob die Maßnahmenliste Auswirkungen auf den Rahmenfördervertrag haben werde.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet, dass es keine Auswirkungen gebe.

Dr. Catharina Rehse (SenASGIVA) erläutert, dass die Maßnahmenliste keine Auswirkungen habe, weil diese auf den Transferausgabenbereich und nicht auf die Zuwendungen wie der Rahmenfördervertrag abziele. Der neue fünfjährige Rahmenfördervertrag sei aber noch nicht abschließend verhandelt. Im Haushalt sei das entsprechend der Höhe der Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2026/2027 abgebildet.

Christoph Wapler (GRÜNE) teilt mit, dass zu den Titeln 68432 – Zuschüsse für besondere soziale Projekte –, Titel 68455 – Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren – und Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT – Fragen eingereicht würden.

Kapitel 1160 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Leitung der Behörde und Service –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1162 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Gesundheits- und Verbraucherschutz –

Titel 11150 – Gebühren im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Arbeits- und gesundheitlichen Verbraucherschutz –

Franziska Brychey (LINKE) bittet um Erläuterung, wie die Mehreinnahmen generiert würden.

Alexander Straßmeir (LAGeSo) antwortet, dass die Prognose auf dem höheren Ist basiere. Ob bestimmte Gebühren erhöht worden seien, sei ihm nicht bekannt.

Kapitel 1164 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Versorgung –

Titel 11134 – Wertmarken für die Beförderung von behinderten Menschen –

Franziska Brychey (LINKE) fragt, warum sich die Ansätze für 2026/2027 erhöhten. Es habe bereits 2025 eine Preiserhöhung gegeben. Komme eine weitere Preiserhöhung?

Alexander Straßmeir (LAGeSo) antwortet, dass die Erhöhung 2025 bereits eingepreist worden sei und diese nun für die Ansätze 2026/2027 fortgeführt werde. Es sei aber keine weitere Erhöhung geplant.

Franziska Brychey (LINKE) fragt nach, wann der Stichtag der Erhöhung gewesen sei.

Alexander Straßmeir (LAGeSo) vermutet, dass die Erhöhung am 1. Januar 2025 in Kraft getreten sei.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

und

Titel 68474 – Taxikostenerstattung im Rahmen des besonderen Fahrdienstes –

und

Titel 68126 – Leistungen wegen Impfschäden –

Franziska Brychey (LINKE) fragt zum Titel 54010 – Dienstleistungen –, ob eine Neuausschreibung für die Dienstleistung des Sonderfahrdienst nur geplant sei oder auch tatsächlich ausgeschrieben werde. – Bei den Taxikosten seien für 2026/2027 nur 500 000 Euro statt 741 000 Euro eingestellt. Werde das Angebot nicht stärker nachgefragt?

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt zu den Leistungen wegen Impfschäden, ob es dabei vor allem Leistungen für Post-Vac-Schäden durch Coronaimpfungen seien. Mit welchen Leistungen werde gerechnet? Wie entwickelten sich die Fallzahlen für 2025/2026?

Alexander Straßmeir (LAGeSo) antwortet, dass der Sonderfahrdienst ausgeschrieben werde. – Der Ansatz für die Taxikosten werde wegen weniger Nachfrage abgesenkt. Der Bedarf betrage 430 000 Euro. – Die Mehrzahl der Post-Vac-Fälle gingen auf Coronaimpfungen zurück.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt nach, was die Quote zwischen Antragstellung und Schadensanerkennung sei.

Alexander Straßmeir (LAGeSo) erläutert, dass im Vergleich zu anderen Bundesländern in Berlin pro Einwohner mehr Anträge gestellt würden. Die Zahl der anerkannten Fälle sei pro Kopf vergleichbar mit dem bundesweiten Durchschnitt. Genaue Daten müssten nachgeliefert werden.

Frank-Christian Hansel (AfD) teilt mit, dass ein schriftlicher Bericht nicht nötig sei.

Christoph Wapler (GRÜNE) kündigt an, dass zu Titel 68145 – Geldleistungen an Opfer von SED-Unrecht – zur Berechnung der eingestellten Mittel Nachfragen nachgeliefert würden.

Kapitel 1166 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Soziales –

Mitberaten wird:

Bericht SenASGIVA – III B 2.5 – vom 18.09.2025
**Umsetzung des Tarifergebnisses der
Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber*innen mit
persönlicher Assistenz (AAPA) und dem ver.di
Landesbezirk Berlin-Brandenburg**
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)

[1606 F](#)
Haupt

Franziska Brychey (LINKE) fragt nach, warum ein juristisches Gutachten zur Wirtschaftlichkeit von Tarifverträgen durchgeführt werde, obwohl die SenASGIVA den Tarifvertrag nicht mehr weiter finanzieren wolle.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erläutert, dass die persönliche Assistenz weitgehend finanziert werde. Es gebe noch einen Dissens über die Refinanzierung des abgeschlossenen Tarifvertrages. Dazu gebe es offene Fragen, die in einem Gutachten geklärt werden sollten. Bislang habe es auf die Ausschreibung aber keine Angebote gegeben, sodass die Ausschreibung wiederholt werden solle.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1606 F zur Kenntnis.

Franziska Brychey (LINKE) bittet, dass der Titel 67122 – Ersatz von Ausgaben an Wohnungsbaugesellschaften – zurückgestellt werde.

Titel 68128 – Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG –

Franziska Brychey (LINKE) bittet, dass der Titel zurückgestellt werde.

Christoph Wapler (GRÜNE) teilt mit, dass schriftliche Fragen zur Plausibilität der Berechnung der Ansätze und deren Auskömmlichkeit nachgereicht würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass das vermerkt sei.

Kapitel 1167 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1170 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Leitung der Behörde und Service –

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Sebastian Walter (GRÜNE) fragt nach, warum der Ansatz nicht an das hohe Ist von 2024 angepasst worden sei.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) teilt mit, dass Herr Weickert, der seit dem 15.09.2025 der Präsident des Landesamts sei, antworten werde.

Steffen Weickert (LAF) erläutert, dass sämtliche Kapitel des LAF in 2025 fortgeschrieben worden seien. Das betreffe alle Titel bis auf diejenigen, die im dritten Nachtragshaushalt geändert worden seien. Dies wurde schon vorher in der Sitzung erläutert. Im Fachausschuss sei eine schriftliche Aufschlüsselung des Titels gefordert worden, die die aktuellen Ansätze darstellen werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet, dass das Kapitel zurückgestellt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dies vermerkt sei.

Kapitel 1171 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylberwerberinnen/Asylbewerber –

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet, dass das Kapitel zurückgestellt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dies vermerkt sei.

Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Berliner Unterbringungsleitstelle –

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet, dass das Kapitel zurückgestellt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dies vermerkt sei.

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet um Auskunft, ob der Umzug der Großunterkunft Tegel im Etat abgebildet sei. Weitere Fragen zu dem Kapitel würden nachgereicht.

Franziska Brychey (LINKE) bittet um Klarstellung, was konkret unter Schließung gemeint sei. Es gebe Äußerungen, dass die Schule dort verbleiben solle. Würden auch nach dem 31.12.2025 Menschen in einer Notunterkunft untergebracht?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erläutert, dass der Standort Tegel nie als Notunterkunft geplant gewesen sei. Unter den Bedingungen der Fluchtbewegungen nach Beginn des Ukraine-Krieges sei dies aber nötig geworden. Der Standort Tegel werde nach Schließung der Notunterbringung zu einem Ankunftszentrum mit 2 600 Plätzen umgebaut. Dort solle auch der GEAS-Prozess umgesetzt werden. Die Fragen könnten nur teilweise abschließend beantwortet werden, da der Abstimmungsprozess mit der Innenverwaltung, der Messe Berlin und SenFin noch geführt werde.

Titel 33121 – Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen –

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet um Auskunft, ob bei der BImA weitere Liegenschaften für die Unterbringung angefragt worden seien. Habe sich seit dem Regierungswechsel auf Bundesebene die Kooperation verändert?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet, dass es regelmäßige Gespräche mit der BImA gebe. Es gebe eine Vereinbarung mit dem Bund, dass die BImA den Ländern Objekte zur Unterbringung Geflüchteter zur Verfügung stelle. Die Objektliste der BImA sei geprüft worden, aber viele Objekte könnten aufgrund starker Sanierungsbedarfe nicht genutzt werden. Es gebe daher keine kurzfristig nutzbaren Objekte der BImA

Franziska Brychey (LINKE) bittet, dass zur Versachlichung der Debatte die BImA schriftlich ausführen solle, ob das Objekt am Dahlemer Dreieck in Landeshand überführt werden könne. Der Senat solle bei der BImA nachfragen, ob diese bereit sei, auch kurzfristig Objekte für die Geflüchtetenunterbringung freizuziehen. Falls nicht, müssten zentrale Unterbringungen in Containerunterkünften errichtet werden.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) teilt mit, dass dies gemacht werde.

Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet, dass dargestellt werden solle, in welchem Verhältnis der Ansatz 2026/2027 und die Verpflichtungsermächtigung ab 2026 zueinander stünden. Wie solle die VE-Problematik insgesamt gelöst werden, wenn Mittel aus der Notlage entnommen und gleichzeitig aber langfristige Verträge abgeschlossen würden?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht erwartet werde.

Kapitel 1180 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Frauen und Gleichstellung –

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet, dass das Kapitel zurückgestellt werde. Weitere kapitelübergreifende Fragen würden schriftlich nachgereicht.

Kristian Ronneburg (LINKE) teilt mit, dass dies unterstützt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dies vermerkt sei. – Die erste Lesung des Einzelplans 11 sei damit abgeschlossen.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung –

Kristian Ronneburg (LINKE) beantragt, dass das Kapitel zurückgestellt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dies vermerkt sei.

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten –

Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes –

Keine Wortmeldungen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldung.